

Das Abonnement
auf dies mit Anenahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1½ Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24½ Sgr.
Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Amtliches.

Berlin, 24. März. Se. Majestät der König haben Allergnädigst ge-ruht: Am 20. d. Nachmittags in Altherhöftbarem Palais den Kaiserlich brasi-llanischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Chevalier d'Arroujo, den außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister der Vereinigten Staaten von Nord-Amerika, Wright, und den Kaiserlich türkischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Jan l'Ano Aristarchi Bey in besonderen Privat-Audienzen zu empfangen u. d. aus den Händen derselben ihre neue Beglaubigungsschreiben entgegenzunehmen.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Den bisherigen Ober- und Haus-Marschall Wirklichen Geheimen Rath Grafen von Keller zum Ober-Schlößhauptmann zu ernennen und, unter Belassung der Intendantur der königlichen Gärten, von der Verwaltung des königlichen Hofmarschall-Amts und der Intendantur der königlichen Schlösser zu entbinden und diese Amtsverwaltung Altherhöftbaren früherem Hofmarschall Wirklichen Geheimen Rath Grafen von Pückler, unter Ernenntung desselben zum Ober-Hof- und Haus-Marschall und Intendanten der königlichen Schlösser, zu übertragen; auch den seitherigen Gerichts-Assessor Oskar Julius Carl von Soeden-Ronie polski auf Grabau zum Landrat des Kreises Schlochau, im Regierungsbezirk Marienwerder, zu ernennen; ferner dem Gutbesitzer Dr. Hans Röder zu Berlin die Erlaubnis zur Anlegung der von des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin Königliche Hoheit ihm verliehenen goldenen Verdienst-Medaille zu ertheilen.

Der Landgerichts-Referendarius Mathias August Belder ist auf Grund der bestandenen dritten Prüfung zum Advokaten im Bezirke des königlichen Appellationsgerichtshofes zu Köln ernannt worden; der Kreisrichter Hellmann aus Gnesen ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgerichte zu Zno-wraclaw und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Bromberg, mit Anweiung seines Wohnsitzes in Zno-wraclaw, ernannt worden.

Telegramme der Posener Zeitung.

Wien, Sonntag 24. März Morgens. Die Reichs-Rath Geringer, Mercandin, Almasi, Flesser, Ozegovic, der Präsident der venetianischen Finanzpräfektur Holzgethan und der Ministerialrath im Justizministerium Quesar sind zu Staatsräthen ernannt worden.

Pesth, Sonntag 24. März. Der „Pesti Naplo“ bringt einen Artikel Deaks, in welchem alle in dem Bundesbeschreiben des Agramer Komitats enthaltenen Anklagen widerlegt werden, und Ungarn gegen den Vorwurf aller Suprematiegelüste vertheidigt wird. Ungarn wünscht, heißt es, ein friedliches Einverständniß und würde gegen die Loslösung Kroatiens keine Gewalt anwenden. Wolle Kroatiens aber den Reichsrath beschützen, so sei jede fernere Verständigung mit Ungarn unmöglich, denn dieses könnte seine tausendjährige Rechte nicht fremden Händen übergeben.

Izehoe, Sonntag 24. März Morgens. Der Verfassungsausschuß der Ständeversammlung wird nachträglich beantragen, ausdrücklich zu erklären, daß die Regierung das Budget nicht vorgelegt, sich auch nicht zur Vorlage derselben bereit erklärt habe.

Paris, Sonntag 24. März, Morgens. Der heutige „Moniteur“ meldet den Empfang der Deputation der Legislativen, welche die Adresse überreicht hat. Der Kaiser dankte in seiner Ansprache für das in der Adresse aufgedrückte Vertrauen und sagte unter Anderem: Ungeachtet der Lebhaftigkeit der Diskussion bedauere er keineswegs, den großen Staatskörpern die Diskussion der auswärtigen Politik bewilligt zu haben. Das Land gewinne dabei. Die Debatte belehren dasselbe, ohne es zu beunruhigen. Der Kaiser sagte schließlich, er werde stets glücklich sein mit den Kammern sich in Übereinstimmung zu finden. Mit ihnen aus derselben Stimmberecht hervorgegangen, werden sie sich gegenseitig unterstützen, zur Größe und zum Glücke Frankreichs beizutragen.

Turin, Sonnabend 23. März. In der heutigen Sitzung der Kammer sagte Graf Gabour, das Programm des Ministeriums sei keinem Wechsel unterzogen worden.

(Einges. 25. März 8 Uhr Vormittags.)

Breslau, Montag 25. März. Die heutige „Breslauer Monatszeitung“ meldet aus Warschau: Die schleunige Abreise des entlassenen Ministers des Innern, Muchanoff, hat denselben gegen Volksdemonstrationen auf dem hiesigen Bahnhofe nicht zu schützen vermocht, welche sich auf den folgenden Stationen wiederholten. Die Bürgerdelegation hat sich aufgelöst, und ist vorläufig durch ein aus acht Personen bestehendes Komitee ersetzt worden.

(Einges. 25. März 11 Uhr 40 Minuten Vormittags.)

Deutschland. Preußen. (Berlin, 24. März. [Vom Hofe; Tagesschichten.] Die hohen Gäste, welche zur Geburtstagsfeier unseres Königs an den Hof gekommen waren, sind heute bereits wieder abgereist. Der Herzog von Nassau ist heute Morgens mit seinem

Inserate (1½ Sgr. für die fünfgespaltenen Zeile oder deren Raum; Reklamen verhältnismäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Bruder, dem Prinzen Nikolaus, an den herzoglichen Hof nach Braunschweig gegangen, wird dort einige Tage verweilen und dann nach Vieberich weiterreisen, wo er der Eröffnung der Blumenausstellung in seinen Wintergärten beiwohnen will. Die Weimarschen Herrschaften haben heute Abends ¾ 8 Uhr unsern Hof verlassen und sich nach Weimar zurückgegeben. Bei der Abreise waren auf dem Anhalter Bahnhofe der König, der Kronprinz, der Prinz und die Prinzessin Karl, der Prinz und die Prinzessin Friedrich Karl, die Landgräfin von Hessen-Philippsthal-Barchfeld, die Gesandten der Niederlande, Sachsen, der sächsischen Herzogthümer &c. Vormittags waren die hohen Herrschaften mit den Weimarschen Gästen zum Dome und Mittags 12 Uhr fuhren der König, die Königin, der Kronprinz und Prinz Albrecht mit dem Großherzog und der Frau Großherzogin von Weimar zur Königin Wittwe nach Schloss Sanssouci. Der Großherzog und Gemahlin und ebenso der Prinz Albrecht verabschiedeten sich von der hohen Frau, denn auch der Prinz Albrecht will sich morgen früh wieder auf einige Zeit nach seiner Villa Albrechtsberg bei Dresden begeben. Die Familientafel stand auf Anordnung des Königs bei seinem Schwager, dem Großherzog von Weimar, im Schlosse statt und nahmen alle Mitglieder der Königsfamilie, die hessischen Prinzen, der Fürst und die Fürstin von Hohenzollern &c. daran Theil. Nach Aufhebung der Tafel verweilten der Großherzog und Gemahlin bis zur Abreise im königlichen Palais. Der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz hat sich bereits gestern wieder nach Neustrelitz zurückgegeben. Die Reise nach London hat er wegen Unwohlseins seiner Gemahlin verschoben. — Auch der König von Hannover soll sich veranlaßt gesehen haben, seine Reise an den englischen Hof wieder aufzugeben. — Unsere Königin hat dem Maler Winterhalter den ehrenvollen Auftrag erteilt, von ihr ein Portrait anzufertigen und will die hohe Frau dem Künstler dazu sitzen. Winterhalter hat bekanntlich alle Mitglieder der englischen Königsfamilie gemalt und das Portrait unserer Kronprinzessin wird sehr gerühmt. — Die Illumination am Freitag war brillant, wenn gleich sie sich meist auf eine Fenstererleuchtung beschränkte. Viele Fenster waren mit Transparents dekoriert. Die gestrige Parade verlief in der gewöhnlichen Weise. Am Schlusse war Dejener, zu dem auch viele Offiziere geladen waren. Abends waren die Herrschaften beim Prinzen Karl zum Thee. — Der König hat seinem bisherigen Hofmarschall Grafen Pückler die Stelle verliehen, welche bisher der Ober-Hofmarschall Graf Keller bekleidete, und dieser ist Ober-Schlößhauptmann geworden; der Leibarzt Dr. Eauer ist zum Generalarzt ernannt. Die übrigen Ernennungen stehen in einigen Tagen bevor. — Seitens der städtischen Behörde ist, veranlaßt durch die neulich in der Schönhauserstraße vorgekommene Gasexplosion, eine Kommission niedergesetzt worden, welche die Fragen berathen soll, wie man sich bei Gasexplosionen zu verhalten habe. Die Kommission macht jetzt den Vorschlag, in derartigen Unglücksfällen den Grundsatz festzustellen, daß wie bei dem Ausbruch eines Feuers verfahren und eine gleiche Entschädigung gezahlt werden solle. Man glaubt, daß die städtischen Behörden diesen Vorschlag zur Beurtheilung der Gaskonsumen acceptieren werden.

— Über den Antrag des Abg. v. Niegolewski bringt das „Preußische Wochenblatt“ folgenden Artikel, der von der ministeriellen „Pr. Ztg.“ an bevorzugter Stelle reproduziert wird: „Da der italienische Schmerzensschrei den gewünschten Erfolg herbeigeführt hat und der ungarische in der besten Wirksamkeit begriffen ist, konnte der polnische nicht länger auf sich warten lassen. Das lag in der Natur der Sache. Intonirt wurde er natürlich in Frankreich, welches bekanntlich an der Spitze der Prinzipien von 1789 marschiert und, wie wir schon am Anfang dieses Jahrhunderts gesehen haben, die wahre Mutter nationaler Freiheit ist. Einige französische Broschüren brachten die „polnische Frage“ auf die Tagesordnung. Sie hatten das Charakteristische, daß sie die politischen Wünsche und Träumereien der Polen zu Rechtsansprüchen aufgestützt, die angeblich in den internationalen Verträgen begründet wären. Natürlich! Denn es sollte eben eine neue europäische Frage ausstaffiert werden. Dem französischen Aufruf antwortete der Schmerzensschrei in Warschau; ein sanfter, wehmüthiger Schmerzensschrei, wie er den dortigen Verhältnissen angemessen ist, begleitet von allen jenen kleinlichen Träfferien, durch welche die Urheber des italienischen Schmerzensschreies in der Lombardie Jahre lang ihr revolutionäres Gelüst an den Tag zu legen und zu nähren gewußt haben. Der größeren Vorsicht wegen ist auch in Warschau dem zarten Geschlecht eine hervorragende Rolle in dieser vorbereitenden „stillen Revolution“ zugewiesen. Der richtige, solide Schmerzensschrei sollte hier in unserer Vaterstadt, im preußischen Abgeordnetenhaus erhoben werden. Nachdem die Instrumente schon bei der Adressdebatte gestimmt und probirt waren, stößt der Abg. v. Niegolewski, unterstützt von der gesammelten polnischen Fraktion, in die Posse und legt das Thema seiner Melodie, das von den oben erwähnten französischen Broschüren ausführlich variiert war, auf den Tisch des hohen Hauses nieder. Mit Erstaunen und Unwillen wird das preußische Volk von diesem Antrage Kenntniß nehmen. Der Antragsteller tritt darin nicht als Wortführer der preußischen Unterthanen polnischen Zunge auf, sondern als Anwalt der gesammelten polnischen Nation. Weshalb? Die Motive sagen es uns. Nur die Polen in Preußen befinden sich zur Zeit in der bevorzugten Lage, frei aus ihrer Mitte gewählt, mit allen Vorrechten der Volksvertreter ausgerüstete Abgeordnete in eine Landesvertretung senden und an dieser bevorzugten Stelle ihre Wünsche und Bedürfnisse zur Sprache bringen zu können. Für diesen Vorzug einer freieren politischen Bewegung, den sie vor ihren Landsleuten unter russischem und österreichischem Scepter besitzen, für diese ihre vollkommene Gleichstellung mit den deutschen Untertha-

nen der preußischen Krone wünschen sie uns jetzt ihren Dank dadurch abzustatten, daß sie auf der Tribüne des preußischen Abgeordnetenhauses den wirksamsten Hebel zur nationalen Propaganda ansetzen und an diesem weit sichtbaren Ort, unter dem Schutz des Abgeordnetenrechts, die revolutionäre Brandfackel schwingen, die weit über die Grenzen unseres Landes hinausleuchten soll. Wir wissen nicht, ob das Abgeordnetenhaus geneigt sein wird, dieser Tendenz sich willfährig zu zeigen. Doch nicht bloß dadurch zeichnet sich der Alt des Abg. v. Niegolewski aus, daß er es durchaus nicht ausschließlich mit den preußischen Unterthanen polnischer Zunge, sondern mit der gesammelten polnischen Nation zu thun hat. Auch intensiv trägt er einen höchst auffallenden Charakter. Nicht um Verbesserung ihrer Lage petitionieren wollen die polnisch redenden Abgeordneten der Krone nahen; sie kommen, auf ein angebliches Recht pochend, auf ein Recht, welches nicht nur in „Gottes Ordnung“ und in der Natur begründet, sondern auch durch bestehende Verträge geheiligt sei. Sonderbar! Wenn wir die Citate durchstiegen, durch welche die angeblichen staatsrechtlichen Ansprüche der polnischen Bevölkerung Preußens unterstützt werden sollen, so vermissen wir unter ihnen gerade dasjenige Altenstück, durch welches einzig und allein die preußischen Krone ihren polnischen Unterthanen Zusicherungen staatsrechtlicher Art gemacht hat, den Aufruf an die Bewohner Polens, durch welchen Friedrich Wilhelm III. am 15. Mai 1813 ihnen die Besitzergreifung des Landes ankündigte. Nur in diesem Altenstück sprach der Fürst zum Volk und kündigte ihm die Grundsätze an, durch die seine Regierung den polnischen Unterthanen gegenüber geleitet werden sollte. Allerdings begründen auch die hierin enthaltenen, freiwillig ertheilten Zusicherungen noch nicht ein nach beiden Seiten hin bindendes formales Recht; aber sie geben der polnischen Bevölkerung doch in der That moralisch begründete Ansprüche staatsrechtlicher Natur, und zwar die einzigen, die ihnen überhaupt zur Seite stehen. Und grade dieses Altenstück, das einzige, auf welches Petitionen gestützt werden könnten, die in einem preußischen Abgeordnetenhaus am Platz wären, gerade dieses Altenstück übergehen die Antragsteller mit Stolz weg. Man begreift, weshalb? Denn erstmals verleiht dieses Altenstück nur den preußischen Unterthanen polnischer Zunge Ansprüche, und jetzt waltet die Absicht vor, nicht etwa die Separatinteressen eines Bruchteils der polnischen Nation zu fördern, sondern im Gegenteil unter Verdunkelung der politischen Grenzen die polnische Nation als eine Gesamtheit in den Vordergrund zu stellen und diejenigen Rechte zu vertreten, die ihr als einer solchen angeblich zu stehen. Nicht um das spezielle Wohl preußischer Unterthanen handelt es sich, dieser Unterschied soll vielmehr nach Kräften verwischt werden, sondern um das Schicksal einer gesammelten Nationalität, die, obwohl unter drei Scepter vertheilt, doch plötzlich als eine politisch noch immer verbundene Einheit dargestellt werden soll. Und zweitens würde die Berufung auf jenes Altenstück dargethan haben, daß die den preußischen Unterthanen polnischer Zunge ertheilten Zusicherungen längst in reichem Maße erfüllt sind, daß es also den polnischen Abgeordneten an jeder Legitimation fehlt, im preußischen Abgeordnetenhaus einen Schmerzensschrei auszustoßen. Statt dessen berufen sich die Antragsteller auf völkerrechtliche Verträge, aus denen die Bevölkerung gar kein Recht herleiten kann. Als das Großherzogthum Warschau geholt wurde, kamen die drei Souveräne überein, der polnischen Bevölkerung in den neuerobern Provinzen „Einrichtungen“, welche die Erhaltung ihrer Nationalität sichern, nach den Formen bürgerlicher Existenz, die jede der drei Regierungen für zweckmäßig halten wird, zu verleihen. Sie wurden dazu bestimmt durch ihren humanen Sinn, der auch die Unterthanen fremder Nationalität mit gleichem Wohlwollen wie die Bewohner der alten Provinzen zu umfassen entschlossen war. Wenn sie diese ihre Absicht in einer Vertrags-Bestimmung ausgesprochen, so ist der Grund leicht ersichtlich. Bei dem früheren unmittelbaren Zusammenhang dieser Bevölkerungen war es natürlich, daß das Schicksal der Polen in dem einen Staat nicht ohne moralische Rückwirkung auf die Stimmung und das Auftreten der Polen in den beiden anderen Staaten bleiben konnte. Jeder Souverän hatte also ein Interesse daran, daß nicht durch eine rücksichtlose Verlezung oder Unterdrückung des polnischen Volkes in dem Nachbarlande eine Gährung erzeugt wurde, die auf die Ruhe und friedliche Entwicklung des eigenen Staates eine störende Rückwirkung äußern konnte. Diesem Interesse genügten sie durch vertragsmäßige Zusicherungen, durch die sie sich gegenseitig banden, durch die sie von Staat zu Staat Verpflichtungen übernahmen. Die betreffenden Stipulationen tragen also lediglich einen internationalen Charakter; sie können von einem Staat gegen den andern, aber nicht von den Unterthanen eines Staates gegen die Regierung desselben angerufen werden. Auf der plumpen Verfuscung dieser Thatsache beruht nun das Manöver, durch welches die Polen eine europäische Frage konstruierten. Verpflichtungen, durch welche die drei Monarchen sich gegenseitig banden, werden plötzlich umgedeutet zu Verpflichtungen, durch welche die drei Monarchen sich ihren Unterthanen gegenüber gebunden hätten. Ein internationaler Alt wird umgestempelt zu einem integrierenden Theil des inneren Staatsrechts, und dann wird wieder die entgegengesetzte Manipulation vorgenommen: dieses angebliche innere Staatsrecht wird plötzlich wieder auf die Höhe des internationalen Rechts erhoben, denn es ist in die Wiener Kongreßakte und in die zu ihr gehörigen Verträge aufgenommen und steht somit unter der Garantie aller derjenigen Mächte, welche jene Akte unterzeichnet haben. Durch eine so grobe Taschenpielerie wird eine „europäische Frage“ präpariert. Und dazu kommt nun die unglaubliche Dreistigkeit und Willkür, durch welche höchst einfache internationale Stipulationen zu einer Bedeutung aufgeblasen werden, als ob sie die Grundlage

einer großartigen nationalen Schöpfung bilden sollten. Um durch die Theilung des Großherzogthums Warschau die materiellen Interessen der früher unmittelbar zusammen gehörigen Bevölkerung so wenig als möglich zu verleben und um nicht von vornherein in sie den Keim der Unzufriedenheit hineinzutragen, hatten die drei Monarchen die Verträge vom 3. Mai 1815 abgeschlossen. Diese Verträge behandeln natürlich zunächst diejenigen Interessen, die durch die Grenzregulirung am empfindlichsten berührt werden können; also die Rechte derjenigen Personen, die in beiden Staaten Grundeigenthum besaßen oder deren Besitzungen gar von der Grenzlinie durchschnitten wurden; sie sorgen ferner dafür, daß eine Bevölkerung, die früher in unmittelbarem, freiem Verkehr unter einander stand, nicht plötzlich durch eine schroffe Scheidelinie von einander abgesperrt werde. Sie treffen also liberale Bestimmungen zur Erleichterung des täglichen Verkehrs der Grenzbewohner; sie normieren die Schiffahrtsabgaben auf den polnischen Flüssen so niedrig, als die Kosten der Aufrechterhaltung der Schiffbarkeit es gestatten; sie wollen den kommerziellen Verkehr der polnischen Bevölkerung mit ihren eigenen Landesprodukten und ihren eigenen Manufakturerzeugnissen dadurch aufrecht zu erhalten suchen, daß sie an der Staatsgrenze nur einen mäßigen Zolltarif einführen; für Preußen und Russland wird festgestellt, daß die Zollsäze 10 Proz. des Wertes nicht übersteigen sollen, und die Waaren und Produkte, die diesen Zoll entrichtet, sollten dann auch in die altpolnischen Provinzen Russlands ohne weitere Abgabe vertrieben werden können. Das ist, in den Grundrisse, die Substanz der Verträge, welche jetzt von den Polen zur Begründung der ungeheuerlichen Ansprüche angerufen werden. Ihrer exaltirten Phantasie gelingt es, aus diesem einfachen Material die kolossalsten und abenteuerlichsten Gebilde zu Stande zu bringen. Denn wir hören jetzt zu unterm Erstaunen, daß diese Verträge das Polen von 1772 als ein "zusammengehöriges nationales Ganze" anerkannt hätten: daß sie dem polnischen Volke in der europäischen Staatenfamilie eine eigenthümliche staats- und völkerrechtliche Stellung zuverkannt hätten; daß sie die territoriale Einheit des ehemaligen polnischen Gesamtstaates vom Jahre 1772 garantirt hätten, ja daß sie den drei Ostimätern nur unter bestimmten stipulirten Bedingungen ehemals polnische Landestheile zugewiesen hätten. Von alle dem steht in den Verträgen kein Wort. Alles das sind wunderliche Gebilde einer ungeregelten und ausschweifenden Phantasie. Die Wahrheit ist, daß die Verträge in dem Polen von 1772 nicht einmal eine kommerzielle Einheit geschaffen haben, geschweige denn eine territoriale, politische oder nationale; denn ein Länderegebiet, welches durch Zollgrenzen zerrissen ist, wird dadurch, daß an einer dieser Zollgrenzen für den Tarif ein Maximallas von 10 Proz. des Wertes verabredet wird, begreiflicherweise noch nicht zu einer kommerziellen Einheit. Es gehört in der That die ganze leidenschaftliche Verblendung, die durch und durch franke Phantasie exaltirter Köpfe dazu, um diese einfache Stipulation so aufzublähen, daß sie sich zu einem Rechtsstiel auf eine gesonderte, nationale Existenz innerhalb der europäischen Staatenfamilie erweitert.

[Das Antwortschreiben des Königs von Dänemark] an den Großherzog von Oldenburg (vgl. Nr. 70) lautet nach der "G. B. H." vollständig: Ew. Königl. Hoheit haben mittelst Schreibens vom 2. Februar Sich bewegen gefunden, in Betriff der über die Stellung der Herzogthümer Holstein und Lauenburg zu den übrigen Theilen der dänischen Monarchie zwischen Meiner Regierung und dem deutschen Bunde obzuwendenden Differenz Mir Dero Meinung über die Meinerseite zu ergreifenden Maßnahmen auszuarbeiten. Ich habe dem Inhalte dieser Mittheilung eine aufmerksame Würdigung zu Theil werden lassen. Zu meinem lebhaften Bedauern habe ich aber die von Ew. Königl. Hoheit dargelegten Ansichten denjenigen einer bekannten Staatsauflösenden Partei, die schon einmal den Aufruhr gegen den angestammten Landesherrn verübt, nur allzu ähnlich gefunden, um dieselben hier zum Gegenstand einer eingehenden Erörterung machen zu können. Als König und als Chef der älteren Linie des oldenburgischen Hauses werde ich selbst am Ersten herufen sein, die königlichen Versprechungen meiner Ahnen und Vorgänger auf dem dänischen Throne zu würdigen. Ich glaube mich der Hoffnung hingeben zu können, daß ich mir nicht geringerer Sorgfalt als irgend ein anderer Fürst der mir anvertrauten Lande stets und innig am Herzen habe, und glücklicher in dieser Beziehung als viele andere, empfange ich in der Liebe meines Volkes den reichen Lohn meiner Bestrebungen. Leider hat in meinem Lande Holstein eine irregeleitete Auffassung der Verhältnisse sich der Ordnung der Verfassungsangelegenheit bisher entgegengestellt, aber das darf ich getrost aussprechen: nie werde ich in den Fall kommen, weder in dem einen noch in dem anderen Theil meiner Monarchie die Unterstützung eines fremden Fürsten anrufen zu müssen, um meine Unterthanen zu den ihnen aufliegenden Pflichten anzuhalten. Und wenn ich nicht weniger als Ew. Königl. Hoheit in der Wiederherstellung eines dauerhaften guten Einverständnisses zwischen meinen Landen und Deutschland die beste Bürgschaft einer gedeihlichen Entwicklung der beiderseitigen Interessen erblicke, so darf ich hoffen, daß es meinen unausgeführten, neuerdings wieder betätigten Bestrebungen endlich gelingen werde, dies glückliche Ziel zu erreichen, wie schwierig dasselbe mir auch durch das Auftreten deutscher Regierungen geworden, unter denen ich mit Schmerz Ew. Königl. Hoheit in erster Linie gesehen habe. Genehmiger Ew. Königl. Hoheit die Versicherung meiner vorzüglichen Hochachtung und Freundschaft, womit ich stets verharre als Ew. Königl. Hoheit freundwilliger Bruder und Beter (unterz.) Frederick R. Schloß Christiansborg, den 15. März 1861.

Elberfeld, 23. März. [Zur Amnestie.] Die hiesige Zeitung enthält folgende Bekanntmachung:

Nachdem die hier in den Jahren 1848, 1849 und 1850 anhängig gewesenen Untersuchungen (1) wegen des Maaufstandes in Elberfeld, 2) des Aufstandes in Solingen und der Plünderung des Zeughauses in Gräfenthal, 3) der Zerstörung der Fabriken bei Solingen und Burg durch die inmittelst eingetretene Verjährung auch rücksichtlich der damals flüchtig gewordenen, wegen Theilnahme an diesen Vorgängen unter Aufklage gestellten, unten genannten Personen ihre Erledigung gefunden haben, werden die gegen diese Personen erlassenen Steckbriefe hierdurch mit dem Bemerkern zurückgenommen, daß die Flüchtigen im Falle einer Rückkehr in die preußischen Staaten weder eine Verhaftung, noch aus dem oben angegebenen Grunde eine Wiederaufnahme der Untersuchung zu erwarten haben. Ebenso werden die im Jahre 1851 erlassenen Steckbriefe gegen 1) Otto v. Mirbach, Zeitungsdirektor und Leut. a. D. von Münster, 2) Karl Jansen, Sprachlehrer von hier, welche wegen Theilnahme an dem Maaufstande in Elberfeld durch Urteil des Amtsgerichts dafelbst vom 9. Mai 1850 verurtheilt waren, jedoch vor verbüßter Strafe flüchtig geworden sind, hierdurch zurückgenommen, da beiden Verurtheilten durch die Allerhöchste Amnestie-Direkt vom 12. Januar dieses Jahres die gegen sie erkannte Strafe erlassen ist. Elberfeld, den 19. März 1861. Der Oberprokurator. (gez.) Scriba. Folgen die Namen von 68 flüchtigen, nicht verurtheilten Personen.

Elbing, 23. März. [Polizeiverwaltung.] Der "K. H. B." zufolge ist die Polizeiverwaltung dem Magistrat wieder überwiesen und der bisherige Polizeidirektor v. Schmidt der Regierung in Oppeln überwiesen.

Destreich. Wien, 23. März. [Die Landtagswahlen in Wien.] Von dem Wahlakt in der inneren Stadt gibt die "Ostd. Post" folgende Schilderung:

Die großen Säle der vier Wahlsektionen (im Akademiegebäude, im Gemeindehaus, im städtischen Rittersaale und im Mußtoreinsaale) gaben ein interessantes Bild des bewegtesten Lebens. Schon vor 9 Uhr Morgens standen die Gruppen in den Hörsälen der genannten Lokalitäten und harnten der Er-

öffnung. Dann erschien die Wahlkommission, aus einigen Gemeinderäthen und Vertrauensmännern bestehend, denen ein Regierungskommissar in Uniform zur Seite stand. Der von der Wahlkommission eingesetzte Tisch war des Rauges über stets von einem dichten Kreis von Wählern umgeben, die nicht bloß Neugierde, sondern die Spannung der Parteiteilung an diese Stelle fesselte. In den verschiedenen Ecken des Saales fanden private Kontrollungen statt. Von dem liberalen Wahlverein wechselten in jeder Sektion je vier Personen ab, die sowohl die Namen der Wähler als die von ihnen Gewählten genau verzeichneten. Ueberhaupt hat auch Seitens der konservativen Partei stattgefunden. Die laute Abstimmung machte die genaueste Kontrolle möglich, und die Parteien konnten ihre Männer und ihre Schätzungen zählen und erkennen. Die liberale Partei hatte ihre fünf Kandidaten in alphabetischer Ordnung folgendermaßen aufgestellt: Dr. Berger, Superintendent Franz, Ignaz Kuranda, Negerle v. Mühlfeld, Staatsminister v. Schmerling. Diesen gegenüber wurde Seitens der Freunde des Bankgouverneurs von Pipiz eine andere Kandidatensuite aufgestellt, in welcher der Name des Dr. Berger ausgelassen und der des Herrn v. Pipiz eingehoben wurde. Die Partei Pipiz rechnete zunächst auf die Kaufmannschaft, und wenn auch der Herr Bankgouverneur persönlich nicht daran denken möchte, so spekulierten seine Anhänger offenbar darauf, daß die Kaufleute, welche Jahr aus Jahr ein den Bankkredit in Anspruch nehmen, bei einer mündlichen Abstimmung nicht wohl den einflussreichen Chef der Bank übergeben können. Gegen Dr. Berger wurde irgend eine Abstimmung im Frankfurter Parlamente aus dem Jahre 1848 ausgegraben und in Zirkulation gesetzt. Das Publikum hat während der ganzen Wahlzeit bewiesen, daß, so energisch es entflohen ist, eine Wiederholung der tumultuarischen Bewegung des Jahres 1848 fern zu halten, es ebenso wenig geneigt sei, in Rekriminationen gegen Persönlichkeiten sich zu ergehen, die 1848 nicht vorstehen waren. Außer der erwähnten Kontreliste, die nur einen Namen wegließ und einen andern für denselben einschob, wurde gestern Morgen eine dritte Liste im Namen eines Wahlkomite's, das sich selbst als ein konservatives bezeichnete, an alle Wähler der inneren Stadt versendet. In dieser Liste war bloß der Name des Staatsministers beibehalten worden. Alle übrigen liberalen Kandidaten waren durch Konservative erzeigt: Graf Breda, Bank-Gouverneur v. Pipiz, Ritter v. Seiller, v. Stubenrauch und Herr v. Schmerling, das waren die Männer, die zum Landtag von den Konservativen empfohlen wurden. Und zwischen diesen drei Wahllisten fand gestern die Wahlkämpfe statt. Charakteristisch für den Geist, der dieses sogenannte konservative Wahlkomite beseelt, ist der Umstand, daß auf dessen Liste selbst der Superintendent Franz fehlte. Dr. Franz ist keine politische Persönlichkeit. Als er in voriger Woche die Tribüne vertrat und in schlichten Worten sich als Kandidat vorstellt, erklärte er selbst, daß er seineswegs aus Chreisig oder aus persönlichem Drange um einen Platz im Landtag sich bewege, sondern daß dies auf den Wunsch der beiden evangelischen Schwestergemeinden Wiens geiche, welche als solche im Landesthause nicht bedacht seien; die evangelischen Einwohner der Stadt hoffen, daß ihre Mitbürger anderer Konfessionen durch freie Wahl die Lücke ergänzen werden, welche das Statut aufweist. Diese Worte sind nicht umsonst gesprochen worden. Die Zahl der Stimmen, welche der Superintendent Franz erhalten hat, ist ein ehrenhaftes Zeugnis für die Geistlichkeit der Bewohner dieser Stadt; in allen Schichten der Wähler ist man dem Appell unserer evangelischen Mitbürger gefolgt und hat Bezeugnis abgelegt, daß das Prinzip der Gleichstellung aller Religionsbekenntnisse von den Bewohnern Wiens als ein, wenn auch nicht aufgeschriebenes, doch faktisches Grundrecht hochgehalten wird. Nur von dem konservativen Wahlkomite nicht. Welcher Sorte sind diese "Konservativen", die sich ein solches Komite zum Organ wählen? Und was würde aus dem Staate werden, wenn die Herren die Oberhand erhielten? Der Wahlkampf ist vollständig zu Gunsten der liberalen Partei ausgefallen. In den Vorstädten wie in der inneren Stadt haben überall die liberalen Kandidaten die Oberhand erhalten, und sowohl die gewählten Männer, als auch die Zahl der Stimmen, die sie erhielten, beweisen fasssam, daß der Geist der Residenzstadt nichts von jener Sorte von "Konservativen" wissen will, die ein Komite im Stille bilden, ohne den Mut zu haben, Diejenigen zu nennen, aus welchen es zusammengesetzt ist.

[Tagesbericht.] Die heutige "Wiener Zeitung" meldet amtlich, daß der Kaiser den Antrag des serbischen Patriarchen Rajacic genehmigt habe. Der serbische Nationalkongress soll am 28. März zusammentreten. Derselbe wird zusammengezogen aus den griechischen nicht unirten Bischofsen in Neujah, Temesvar, Versec, und aus 25 Abgeordneten des geistlichen und 50 Abgeordneten des weltlichen Standes. Der Patriarch Rajacic ist ermächtigt, die Wahlauszeichnungen nach der von ihm beantragten Wahlordnung vorzunehmen. — Die "Wiener Zeitung" meldet ferner, daß durch Entschließung des Kaisers vom 14. d. an Stelle der kroato-slavischen Statthalterei die Errichtung eines königlichen Statthalterats Dalmatiens, Kroatiens, Slavoniens genehmigt sei. — Wie die heutige "Dest. Ztg." erfährt, wäre der hiesige russische Gesandte beauftragt, offiziell zu erklären: Russland mache den Fürsten von Montenegro persönlich dafür verantwortlich, daß die Montenegriner sich der Theilnahme an den Unruhen in der Herzegowina enthalten. Eine hierauf bezügliche energische Note Russlands sei kurzlich an den Fürsten von Montenegro abgegangen. — Aus Pesth wird vom heutigen Tage telegraphisch gemeldet: Die Restaurierung des Stadtmastrats hat in bester Ordnung begonnen. Gewählt wurden zum Bürgermeister Rottenbiller, zum Stadtrichter Horvath, zum Stadthauptmann Thaiss, zum Bizebürgermeister Sagodz. — Aus Preßburg, 21. März, wird der "Presse" gemeldet: Bei der heutigen Deputirtenwahl in Bösing waren drei fast gleich starke Parteien, welche für Ivanka, Benitsky und Mangold stimmen wollten. Um 11 Uhr begann die Abstimmung, um 1 Uhr ging Benyzyk's Partei zu Mangold über; um 2 Uhr Zusammenstoß und Steinwürfe, bei 20 leichte Verwundungen. Aufschub bis zur Ankunft der bewaffneten Macht. — Wie die "Prag. Ztg." aus gut unterrichteter Quelle erfährt, wurde auf Anregung des Statthalters Grafen Forgach, welcher begründeten Ansprüchen der tschechischen Nationalität nach Thunlichkeit Rechnung zu tragen bemüht ist, die Systemisierung von zwei außerordentlichen Professoren an der Prager Universität für den Vortrag der Lehrfächer der judiziellen Staatsprüfung in böhmischer Sprache vom Studienjahr 1861 bis 1862 an bewilligt. — Die Druckschriften: "Ungarns gutes Recht" (Eugen) und "Mysterien des Papstthums von Dr. Griesinger" (Stuttgart) sind für den Debit in Delfreich vom f. l. Polizeiministerium verboten worden. — Aus Güns, Szathmar und noch anderen Ortschaften Ungarns bringen die Blätter Mittheilungen über ernste Konflikte, die zwischen den sich gegenüberstehenden Parteien bei den Deputirtenwahlen stattfanden, die mit geringer Variation alle ein und denselben Verlauf haben, nämlich Zertrümmerung der Möbel im Verhältnissaal, Steinwerfen, Prügelei, blutige Köpfe und Verletzung des Wahlkörpers. — Dem "Gas" zufolge war am 9. d. M. in Jasla (Galizien) ein Trauergottesdienst für die Warschauer Opfer vorbereitet und es kamen aus der Umgegend der ganze Adel und zahlreiches Volk dahin. Der Bezirksvorstand Mayersberg wollte den Gottesdienst nicht gestatten und begab sich zu diesem Zwecke zum Kanonikus und Probst, ließ den Katafalk in der Kirche aus einandernehmen und verbot den Bünsten in der Kirche mit Fackeln und Fahnen zu erscheinen. Einige Gutsbesitzer kamen in Folge dessen zum Bezirksvorstand mit dem Ersuchen, den Gottesdienst nicht zu hindern, indem sie nur der Militärgewalt weichen würden. Diese abzusenden hielt der Vorstand doch nicht für ratsam und der Gottesdienst nahm ungestört seinen Fortgang.

[Begünstigung der Ungarn.] Die Konzession, die der Kaiser den Ungarn in Bezug auf den Ort, an welchem ihr

Landtag gehalten werden soll, gemacht hat, wird nicht die letzte sein, wenn es wahr ist, daß es Baron Bay gelungen wäre, eine ungarische Partei am Hofe zu bilden. Der Gedanke, den Schwerpunkt des Kaiserstaates nach Ungarn zu verlegen, wird, obgleich er Rossuths Ursprung ist, in gewissen, selbst sehr hohen Kreisen jetzt in einem Tone besprochen, der es wenigstens nicht unmöglich erscheinen läßt, daß man sich mit ihm in näherer oder fernerer Zukunft befunden könnte. (Wenn das begründet wäre, wo bleibt da Destreich Deutschthum und Deutschthun?) D. Ned.) Man nennt den Generaladjutanten des Kaisers Grafen Grenville unter Tenen, welche den Grundsätzen des Freiherrn v. Bay in der Umgebung des Kaisers Ausdruck und Geltung zu verschaffen bestrebt sind. (Bh3.)

Frankfurt a. M., 23. März. [Bundesversammlung.] In der Bundesversammlung am 21. d. war Preußen wieder durch Destreich substituiert. Es wurden in derselben Vorträge über Gehaltserhöhungen eines Kanzleibeamten und über Fertigungs- (Dotations-) und Ausrüstungs- Gegenstände ohne allgemeineres Interesse gehalten, theilweise auch in letzter Beziehung Beschlüsse gefaßt.

— Das Komité für das Ressel-Denkmal in Triest ließ seinen Dank für den ihm gewordenen Beitrag abstimmen. — Der englische Gesandte machte der hohen Versammlung die amtliche Mittheilung, daß im Mai f. J. in London wieder eine Weltausstellung stattfinde, womit er die Einladung an die deutschen Regierungen verbindet, sich wieder an derselben wie 1851 zu beteiligen. Die 12. Kavallerie (herzogl. sächsischen Häuser) giebt eine Erklärung dahin ab, daß ohne Beistimmung und Anhörung der Bevölkerung bezüglich der Reserve-Infanteriedivision keine Beihilfenzahlung auf Aenderung derselben gesetzt werden könne. Schließlich kamen wieder Eisenbahnmotiven zur Vorlage. — In den nächsten Wochen findet wegen des Ostseestroms keine Sitzung statt; über die nächstfolgende Sitzung ist noch nichts festgesetzt. (Pr. 3.)

Hamburg. 22. März. [Dänische Rüstungen.] Es kann als gewiß angegeben werden, daß die Befestigungen am Dammewirke unter Verwendung von 300 Mann begonnen haben. Die in den Positionen aufgestellten Blockhäuser, die in Kopenhagen gebaut wurden, sind vollendet und befinden sich bereits auf dem Wege. Es verlautet außerdem aus sicherer Quelle, daß der Minister für Holstein vor kurzem einen Bericht nach Kopenhagen eingefandt habe, worin jede Aussicht auf Versöhnung als hinfällig dargestellt wurde.

Großbritannien und Irland.

London., 22. März. [Tagesnotizen.] Die Königin empfing vorgestern aus den Händen des Earl St. Germans und des Viscount Bury die Beileidsadressen beider Parlamentshäuser. In Edinburgh, Manchester und den meisten größeren Städten des Landes werden derartige Adressen an Ihre Majestät vorbereitet. Die Herzogin von Cambridge und die Prinzessin Mary haben sich nach Kew zurückgezogen, um daselbst die Trauerzeit zu zuzubringen.

— Die hier lebenden polnischen Flüchtlinge hatten vorgestern eine feierliche Todtenmesse für die bei den neusten Warschauer Unruhen gefallenen Landsleute veranstaltet. Zur Abhaltung dieser Todtenmesse war die sogenannte bayrische Kapelle in Warwickstreet aufgefahren worden, so genannt, weil die Mitglieder der bayrischen Gesellschaft seit vielen Jahren dort dem Gottesdienste beiwohnen. Es war ein Katafalk errichtet und die Kapelle schwarz behängt worden; auch hatte eine große Zahl Polen und Polenfreunde sich zur bestimmten Stunde eingefunden. Da trat im letzten Augenblick der oberste Geistliche der Kapelle vor den Altar und erklärte, daß der Trauergottesdienst, infosfern er lediglich eine politische Demonstration sei, das Gotteshaus entweihen würde und daher nicht stattfinden dürfe. Die Versammlung trennte sich ohne Ruhestörung. — Das Gotteshaus, welches der vielfigurige Baptistenprediger Spurgeon hier bauen läßt, wird schon in den nächsten Wochen eingeweiht werden. Die Baukosten, die sich auf 30,000 Pfds. St. belaufen, sind durch freiwillige Beiträge seiner Verehrer bestritten worden, aber noch fehlen gegen 3000 Pfds. St. zur Einrichtung des mit dieser Kirche zu gründenden Seminars, und auch diese müssen vorerst gezeichnet werden, da der hochwürdige Herr seine Schöpfung nicht einweihen will, so lange nicht alles fertig und baar bezahlt ist. — Des Bizekanzlers Gerichtshof beschäftigte sich am Mittwoch abermals mit der Angelegenheit der Rossuthnoten, ohne weiter zu kommen. Rossuth hatte seinen Antrag auf Aufhebung der Suspension eingereicht und um Termin zur Erörterung der Sache auf Donnerstag gebeten. Sir Hugh Cairns, der Vertreter der österreichischen Regierung erklärte, er habe erst vorgestern Abend das Attentat erhalten, es sei sehr lang und fülle einen ganzen Band. Da er es nicht eher beantworten könne, als bis er mit der Regierung in Wien kommuniziert habe, so sei der beantragte Termin zu kurz. Die Sache habe ja um so weniger Eile, als Herr Rossuth selber erklärt hat, er wolle von den Noten erst in drei Monaten Gebrauch machen. Der Bizekanzler Sir J. Stuart erklärte, er werde einen Termin ansehen, der beiden Theilen möglichst entsprechend sein würde. Die Lithographen Day and Sons meldeten einen Entschädigungsantrag wegen der langen Dauer der Inhibition an. — Auf der am 7. März eröffneten Subskriptionsliste für die zweite Weltausstellung in London sind bereits 22,750 Pfds. St. gezeichnet; in finanzieller Beziehung ist das Unternehmern also gesichert. Die meisten Mitglieder der leitenden Kommission sind dieselben, welche die Weltausstellung auch im Jahre 1851 leiteten.

London., 23. März. [Parlament; Bankausweis; aus Washington.] In der gestrigen Sitzung des Oberhauses erwiderte Lord Bodehouse auf eine Anfrage Ellenborough's: Es sei wahrscheinlich, daß Holstein die Vorlagen Dänemarks verwerfen werde; vor fünf bis sechs Monaten könnten aber keine desselben Feindseligkeiten stattfinden. — Im Unterhause antwortete Lewis auf eine Interpellation Duncans, daß kein Polizeiaugent verwendet worden sei, um in Besitz der Rossuth-Banknote zu gelangen, die dem Minister des Innern vorgelegt worden. Er glaubte sich nur verpflichtet, bei Rechtsgelehrten Rat zu erholen, und hatten dieselben von Verfolgung abgeraten. Russell sagte: Die Bevölkerung Warschau's habe unter provozierten Umständen eine große Märschierung gezeigt. In Bezug der liturgischen Frage sage die Befreiung Syriens zuvor kommen solle; er hoffe, daß vor dem Aufhören der Okkupation über die zukünftige Regierung im Libanon ein Arrangement getroffen sein werde. — Nach dem neuesten Bank-

ausweis beträgt der Notenumlauf 18,851,195, der Metallvorrath 12,701,425 Pfld. St. — Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Washington vom 13. d. verweigerte der Präsident Lincoln, die Kommissare der südlichen Staaten anzuhören. Die Konstitution des Südens ist veröffentlicht worden; sie nimmt den Fremden das Recht, bei Beamtenwahlen mitzustimmen.

Frankreich

□ Paris, 22. März. [Der Ministerwechsel in Turin; Verstärkung der französischen Garnison in Rom; zur Adressdebatte; die französische Akademie.] Die Dimission des sardinischen Ministeriums hat hier ein großes Aufsehen hervorgerufen. Denn Niemand kann sich verhehlen, daß das Geschick Europa's in den Händen zweier Männer, Louis Napoleon und Cavour, liegt; es ist daher begreiflich, daß man jedem Schritt derselben mit gespanntester Aufmerksamkeit folgt und immer bemüht ist, die Gründe, welche ihn veranlaßt, mit dem größten Scharfsinn zu ergründen. So fehlt es denn auch nicht an Konjekturen über diese ganz unerwartet gekommene Handlung des sardinischen Premiers. Die Differenzen, welche zwischen dem hiesigen Kabinett und dem Grafen Cavour entstanden waren, schienen ausgeglitten; man wußte, daß gerade aus Rücksicht auf Turin das Erscheinen der Langueronnierschen Broschüre verhindert worden war, und doch jetzt plötzlich der Rücktritt des Ministeriums. Dem offiziell angegebenen Grunde, Graf Cavour habe wegen der neapolitanischen Verhältnisse seine Entlassung gegeben, hat Niemand rechten Glauben geschenkt; man suchte, und wohl nicht ohne Grund, die Veranlassung in den hiesiger Seits gemachten Schwierigkeiten in der römischen Frage. Es ist nicht zu verkennen, daß die Rückberufung der französischen Truppen aus Rom der hiesigen Regierung viele Unannehmlichkeiten bereitet, da derselben die Abreise des Papstes sofort folgen würde. Es ist, wie ich dies schon mehrfach in meinen Briefen hervorgehoben habe, aber der französischen Regierung sehr wichtig, einmal den Papst nicht außerhalb des Bereiches ihrer Macht zu wissen, um stets einem vollständigen Bruch mit der klerikalen und konservativen Partei, der großen Majorität des Landes, vorbeugen zu können. Ferner aber liegt ihr daran, in Italien an den Grenzen Neapels einen bedeutenden Truppenkörper zu haben, der im günstigen Augenblick ihre Intentionen auf das südliche Italien wirksam unterstützen kann.

unterstützen kann. Denn wir dürfen uns nicht täuschen; es ist die entschiedene Absicht Napoleons III., das Königreich Neapel, freilich mit einem andern Fürsten auf dem Throne, wieder zu errichten; wenngleich diese Absicht noch nicht klar an den Tag tritt, so sprechen doch einzelne Umstände, und unter diesen vor Allem die anscheinende Sinnesänderung Liborio Romano's dafür. Aus diesen Gründen zieht man von hier aus die römische Frage in die Länge und benutzt jede Gelegenheit, um Piemont in einen Krieg mit Destreich zu verwickeln. Man ist daher vollständig berechtigt, in dieser Handlungweise der französischen Regierung den eigentlichen Grund zu sehen, weshalb Cavour am Tage vor den verheißenen Auflklärungen über Rom seine Entlassung genommen hat. Das neue Ministerium, welches er zu bilden übernommen hat, wird jedenfalls auf ein energisches Vorgehen entweder gegen Rom oder gegen Venetien bestehen, und da auch Garibaldi seine Thätigkeit im nächsten Monat wieder aufzunehmen zu wollen scheint, so ist es höchst wahrscheinlich, daß Cavour die abwartende Stellung, welche er bisher eingehalten, aufgeben wird, um nicht vollständig von seinen Gegnern überschüttelt zu werden. Als Ratazzi die Präsidentenwahl in dem Parlamente angenommen, hielt man dies irriger Weise für ein Zeichen, daß er sich der Regierungspolitik genähert habe: seine

Beziehungen zu Gabour sind indessen keineswegs besser geworden, und seine Bestrebungen gehen vorzugsweise dahin, diesen aus seinen Posten zu verdrängen. Die Rolle Frankreichs im Falle eines Vor- gehens der Italiener gegen Venetien wird vorläufig die Neutralität sein; dies kann man mit Zuversicht annehmen, da der Kaiser kei- nesfalls Lust hat, seine Armeen und seinen freilich ziemlich unhe-

Italien.

— Kriegsruhm in einem Angriff auf das Besitzungsgebiet auf das Spiel zu setzen. Eine Beteiligung Frankreichs würde einen sofortigen Angriff auf den Rhein zur Folge haben, und für diesen möchte man einen günstigen Augenblick abwarten, in welchem wenigstens die Kräfte Englands zerstört sind, und Rußland entweder vollständig in das französische Interesse hineingezogen oder so mit inneren Fragen beschäftigt ist, daß eine Beteiligung dieser Macht am Kampfe nicht möglich ist. Um ersteren Fall möglich zu machen, genügt es vielleicht, die alten Ideen neu zu beleben, mit welchen Napoleon I. den ersten Alexander gewonnen hatte: die Theilung Europa's in ein östliches und ein westliches Kaiserreich. Von Neuem und mit größerer Entschiedenheit taucht das Gerücht auf, welches eine Verstärkung der französischen Garnison in Rom durch 7000 Mann unter dem Kommando des Generals Trochu für bevorstehend erklärt. Ich kann nur hinzufügen, daß allerdings in Loulon Anstalten zur Einschiffung von Truppen gemacht werden. Man versichert mir, daß eine Brigade, welche unter dem Befehl des Generals Dumont steht, sich bereits nach Rom eingeschifft, während die Division des Generals Trochu sich zur Verstärkung der "lyoner Armee" nach Lyon begiebt. Diese Nachrichten sind authentisch und in der allgemeinen Verwirrung wohl festzuhalten. In den diplomatischen Kreisen glaubt man an eine Sendung des Barons Bourqueney, früheren Gesandten in Wien, nach Rom, um noch einmal Unterhandlungen mit dem Papste zu führen. Diese Persönlichkeit würde auf eine Wendung zu Gunsten des Papstes schließen lassen, denn Baron Bourqueney gehört zu den entschiedenen Anhängern desselben und würde unter keinen Umständen sich dazu bewegen lassen, dem Papste Bedingungen zu überbringen, welche er für unverträglich mit der Würde des heiligen Stuhles halten könnte.

Die gestrige Sitzung des gesetzgebenden Körpers war außerordentlich interessant durch die Rede, mit welcher J. Favre sein Amensedikt für die sofortige Zurückberufung der französischen Truppen aus Rom vertheidigte. Er erklärte im Beginn seiner Rede, daß der Status quo vollständig unerträglich sei und auf irgend einer Weise geändert werden müsse. Er giebt dann einen Überblick über die Geschichte des Papstthums, seitdem Pius IX. den Stuhl Petri bestiegen, indem er hervorhebt, daß die Expedition im Jahre 1849, seit welcher Zeit die französische Garnison in Rom verweilt, durchaus gegen den Willen der Nationalversammlung geschehen sei, welcher man mitgetheilt habe, daß durchaus Nichts gegen die Republik in Rom beabsichtigt würde, und welche nur in der Idee einwilligte, daß diese Expedition gegen Oestreich, nicht aber für die Herstellung der weltlichen Macht des Papstes gerichtet sei.

Durch die gewaltsame Herstellung sei die weltliche Macht aber für immer getötet worden, denn sie habe ihre Stütze in dem Volk verloren und hänge ganz allein von dem Willen Frankreichs ab. Im Verlauf seiner Rede entwickelt er die Politik Frankreichs während des italienischen Krieges, die er vollständig billigt auf den Waffenstillstand von Villafranca, welchen er für einen großen Fehler erklärt. Vorzugsweise aber spricht sich Favre gegen die von der französischen Regierung dem General Lamortière und den anderen Freiwilligen gegebene Erlaubnis aus, in den Dienst des Papstes treten zu können. Schließlich bekämpft er jene Ansicht, welche die Entstehung eines einzigen Italiens, eines einzigen Deutschlands für gefährlich und bedrohlich für Frankreich hält. Man dürfe eine Nation nicht aus Gründen der Politik ihrer Freiheit und ihrer Einheit berauben. Granier de Cassagnac antwortete als Mitglied der Adresskommission; er erklärte die Erhaltung der päpstlichen Macht in den von ihr augenblicklich inne gehabten Gebieten für nothwendig und die Bemühungen der Regierung in diesem Sinne für sehr verdienstvoll. Er sprach sich sehr energisch gegen die italienische Einheit aus, welche er für eine Idee Mazzini's erklärte, und sieht das Heil der italienischen Freiheit nur im engsten Zusammenhang der Nation mit dem Papste. Heute spricht der Comte Lemercier; es ist vorauszusehen, daß das Abendland abgewiesen wird. Der Schluß der Debatte über die Adresse wird in den nächsten Tagen stattfinden (siehe unten). — Der Comte Scribe's hat bekanntlich einen Sitz in der französischen Akademie offen gelassen und die Bewerber haben sich zahlreich um denselben gemeldet. Die neununddreißig Unsterblichen haben nun einen in den Annalen des Instituts neuen Entschluß gefaßt: sie werden erst im nächsten Jahre diesen Platz wieder besetzen, um jeden politischen Einfluß, der sich dabei geltend machen könnte, zu umgehen. Sie rechnen dabei auf die Wahrscheinlichkeit, daß bis dahin noch einige andere Fauteuils erledigt sein werden, denn im Durchschnitt sterben von diesen Herren jährlich drei, um dann eine strenge Neutralität zu beachten und eben so viele Schlecht- wie Gutgesinnte in ihrer Versammlung aufzunehmen zu können. Vielleicht meinen sie auch bis dahin die Gelegenheit gefunden zu haben, um dem Kaiser ihre demuthigste Ergebenheit an den Tag legen zu können, indem sie ihn selbst für sein "Leben Caesars" zum Mitglied ernennen. Was nicht Nero, der sein Pferd zum römischen Konsul ernannte?

Paris, 21. März. [Tagesbericht.] Den neuesten Nachrichten zufolge soll hier beschlossen worden sein, die Besatzung von Rom nicht abzuberufen. General Dumont geht heute (an die Stelle von General Denoue) nach Rom. Man hält die Eventualität baldiger Truppensendungen im Auge, wie aus dem Umstände hervor geht, daß General Trochu den Befehl über eine in Lyon stationirte Division erhalten hat. — Auch meldet das „Pays“ aus Rom, „da die Befürchtungen von der baldigen Ankunft der Piemontesen dort verschwunden sind. Man ist jetzt sicher, daß die französischen Arme fernerhin Rom bewachen und nicht gestatten wird, daß diese Stadt gleichzeitig von den Piemontesen besetzt werde“. — Der hiesige russische Gesandte ist angeblich von seiner Regierung beauftragt worden, vorläufig keine Pässe nach Warschau mehr auszustellen. — Die Minister sollen beabsichtigen, das Budget der verschiedenen Ministerien in je 4 Sektionen einzuteilen und die Abstimmung des gesetzgebenden Körpers sektionsweise in Vorschlag zu bringen. — Der Bischof von Orleans hat vom heiligen Vater ein nachträglich in „Ami de la Religion“ veröffentlichtes Anerkennungsschreiben für die Broschüre erhalten, mit welcher derselbe die „mit Kniffen und Lügen angefüllte“ Denkschrift Laguerrounière's“ zurückgeschlagen und die Rechte des heiligen Stuhls vertreten habe.

Paris, 22. März. [Schluß der Adressdebatte.] Der legislative Körper lehnte in seiner heutigen Sitzung die Einbringung weiterer Amendements ab, beschloß Schluß der Debatte und nahm den Adressentwurf mit 213 gegen 12 Stimmen an. Es fand darauf Vertrag auf unbestimmte Zeit statt.

Turin, 20. März. [Tagesnachrichten.] Das Geburtstagsfest des Königs und seine Erhebung zum Könige von Italien ist in Turin, wie das " Pays" schreibt, in sehr trauriger Weise begangen worden. Was für Italien Leben bringe, sei für Turin der Tod, indem es dadurch zum Range einer Provinzialstadt herab sinkte. Außerdem wären beunruhigende Gerüchte über kriegerische Pläne Oestreichs verbreitet gewesen, das längs des Gardasees und der Etsch eine Menge neuer Forts errichte. — Nach telegraphischen Nachrichten sind die Truppen Cialdini's an den Piemont zurückgerufen worden. — General Lamarmora kündigte in der Kammeröffnung vom 19. März eine Interpellation bezüglich des Heerwesens an, welcher mit allgemeinem Interesse entgegengesehen wird. — Der Genueser "Corriere mercantile" vom 19. meldet die Regierung beabsichtige, die Schulden sämtlicher annexirten Länder in eine einzige italienische Staatschuld zu verschmelzen. — Die Feier des Josephstages, die zu Garibaldi's Ehren in den italienischen Städten begangen wurde, ist überall ohne Ruhestörung vorüber gegangen. — Die Direktion der Verwaltung des Fonds für die Million Gewehre hat sich, nachdem Garibaldi die von derselben vorgelegte Rechnung genehmigt, aufgelöst. Die Einnahmen beliefen sich auf 1,541,128 Lire, die Ausgaben auf 1,939,577 L. Das Defizit wurde aus dem Fonds für die Ausrüstung der Nationalgarde gedeckt. — Aus Mailand, 17. März, wird der "Dr. Btg." geschrieben: Seit einiger Zeit zirkuliren hier viele der sogenannten ungarischen Kossuthnoten. Dieselben werden mit einem Abzuge von 50 p.Ct. leicht an den Mann gebracht, und es giebt hier Wechselstuben, in welchen dieses Papier zu ähnlichen Preisen gekauft und verkauft wird.

Turin, 20. März. [Pension für Gialdini; General Türr; der neue Königstitel.] General Fanti hat einen Gesetzentwurf eingebracht, welcher dem General Gialdini eine lebenslängliche Pension von 10,000 Frcs. aussetzt, weil er um das Vaterland sich wohl verdient gemacht habe. — General Türr ist aus Paris und London zurückgekehrt, und hatte sogleich eine längere Audienz beim König und wichtige Konferenzen mit dem Ministerpräsidenten. — Victor Emanuel wurde heute zum König von Italien proklamirt: 101 Kanonenschüsse verkündeten es den Bewohnern der Hauptstadt. Das betreffende Dekret, welches die amtliche Reichszeitung veröffentlicht, lautet: „Victor Emanuel II., König von Sardinien, Cipern, Jerusalem etc. Der Senat und die Kammer haben gutgeheißen; Wir haben sanktionirt und verkünden wie folgt Einziger Artikel. Der König Victor Emanuel II. nimmt für sic

und seine Nachfolger den Titel eines Königs von Italien an. Wir befehlen, daß Gegenwärtiges, versehen mit dem Staatsiegel, eingeschaltet werde in die Regierungsalben, indem Wir einem Jeden, den es angeht, befehlen, es als Staatsgesetz zu beobachten und beobachten zu lassen. Gegeben in Turin, 17. März 1861. Victor Emanuel. E. Cavour. M. Minghetti. G. B. Cossini. F. S. Begezzi. M. Fanti. T. Mamiani. T. Corsi. U. Peruzzi.

Turin, 22. März. [Das neue Ministerium.] Graf Cavour hat dem Könige folgende Ministerliste unterbreitet: Graf Cavour Präsidentschaft, Auswärtiges und Marine; Fanti Krieg; Minghetti Inneres; Cassanis Justiz; Desanctis öffentlicher Unterricht; Natoli Ackerbau; Rastogi Finanzen; Perruzzi öffentliche Arbeiten. (Tel.)

Die Ereignisse im Kirchenstaat und in Neapel.

Ein Schreiben aus Rom vom 16. März berichtet der „Corr. Havas“ Folgendes über die am 10. März Abends im Café der Piazza Colonna durch französische Gendarmen stattgehabte Verhaftung eines päpstlichen Zuaven, des Herrn v. Fremont: „Zufolge des Rapports der Gendarmerie waren in obigem Café mehrere Zuaven versammelt, welche auf die französische Regierung rassonnierten. Ein französischer Kaufmann machte ihnen die Bemerkung, daß, wenn sie den Kaiser nicht liebten, sie sich wenigstens enthalten möchten, dies in einem öffentlichen Café zu sagen. Die Zuaven gierthen hierauf in Wuth und der Kaufmann war gezwungen, sich mit seinem Stock zu vertheidigen. Als die Gendarmerie herbeieilte, ergriffen die Zuaven die Flucht und ließen ihren Kameraden, Hrn. v. Fremont, welcher verwundet war, im Stich. Letzterer ist, der Aussage des Gendarmerieoffiziers zufolge, unschuldig. Nichtsdestoweniger wurde er auf das Kastell Sant Angelo gebracht und wird wahrscheinlich vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Seine Wunde ist von keiner Bedeutung.“

Wie der „Triester Ztg.“ aus Neapel berichtet wird, gab die Ernennung eines Gouverneurs in Foggia den nächsten Anlaß zu L. Romano's Rücktritt. Der Prinz-Stathalter warf ihm bei dieser Gelegenheit die vielen Ernennungen untauglicher Personen vor, zu denen Liborio Romano ihn verleitet habe, und bestand auf der Ernennung des Herrn Bardesono, Sekretärs des Herrn Nigra, zum Gouverneur von Capitanata. — Aus Neapel vom 19. März wird der „Allg. Z.“ gemeldet: Exminister de Martino soll an die Stelle Liborio Romano's in das Ministerium treten. Victor Emanuel wird mit einem Theil des Turiner Ministeriums hier erwartet.

Russland und Polen

Petersburg, 13. März. [Trauergottesdienst.] Der "Indép." wird von hier gemeldet, daß auch heute mit ausdrücklicher Genehmigung des Kaisers ein Trauergottesdienst für die in Warschau Gefallenen stattgefunden habe. Angeblich hätte sich daran eine beträchtliche Zahl von Russen betheiligt, um kundzugeben, daß sie unter den verschiedenen Stämmen der slavischen Race ein freundlicheres Verhältniß als das frühere begründet zu sehen wünschen.

Varßchau, 23. März. [Ernennung; Entlassung Muchanoff's.] Die Blätter veröffentlichten heute den nachstehenden Erlass des General-Kriegsgouverneurs v. Paniutin: „Im Auftrage Sr. Durchlaucht des Fürsten-Stathalters wird zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß zum funktionirenden Oberpolizeimeister der Stadt Varßchau der Oberst Razwadowski ernannt worden ist.“ Hiermit korrigirt sich die ziemlich allgemein verbreitete Meinung, daß dem Marquis Paulucci dieser Posten übertragen worden ist. Der General Paulucci ist, wie dies auch sein offizieller Titel besagt, nicht mit den Funktionen eines Polizeimeisters der Stadt Varßchau, die noch bis ganz vor Kurzem von dem Obersten Trepoff versehen worden sind, betraut gewesen, sondern derselbe ist der oberste Chef des gesamten Polizeiwesens im Königreich, gleichsam der Polizeiminister. — Die so eben bekannt gewordene Allerhöchste Genehmigung zur Entlassung des Geheimraths Muchanoff aus dem Staatsdienste wurde von der Bevölkerung mit Jubel aufgenommen. (Vergl. Tel. aus Breslau.)

Türe i.

Konstantinopel, 8. März. [Unterhandlungen wegen Montenegro's; Teffil Effendi; Militärisches.] Der „Indépendance“ wird gemeldet, daß die neuerdings an der Grenze Montenegro's vorgefallenen Unordnungen der Anlaß zu Unterhandlungen zwischen der Pforte und der österreichischen Regierung über den Abschluß eines Vertrages geworden sind, der auf ein gemeinschaftliches Verfahren abzielt, die Ordnung in jener Gegend aufrecht zu erhalten. Die türkische Flotte sollte übrigens so bald als möglich nach dem Adriatischen Meere abgehen. — Teffil Effendi, der neu ernannte Finanzminister, wurde zum Muschir befördert. Vor drei Monaten war er noch Subalternbeamter in dem Departement, das er jetzt leitet, und bezog ein Monatsgehalt von 3000 Piaster, während er jetzt 60,000 Piaster monatlich erhält. — Das Artilleriekomité hat sich zu Gunsten des preußischen Systems der gezogenen Kanonen, statt des englischen, entschieden.

Vom Landtage

Herrenhaus.

Berlin, 23. März. [29. Sitzung.] Im Hause der Abgeordneten machte heute der Präsident die Mittheilung, daß Se. Maj. der König die Deputation des Hauses zur Beglückwünschung an seinem Geburtstage huldvoll empfangen habe. Der Hauptetat der hohenzollerischen Lande wurde ohne den Etat der Verwaltung für Handel, Gewerbe und Bauwesen nach kurzer Debatte angenommen, letztere wurde veranlaßt durch den Kommissionsantrag auf Absezung der Summe von 30,000 Thlr. für den Potsdamer Immediataufonds, trotz der Einwände des Handelsministers, welcher zu bedenken gab, daß die Ablehnung der genannten Summe in das erste Regierungsjahr des Königs falle, ferner der Abg. v. Rönne und Wagener (Regenwalde) wurde der Antrag auf Fortfall der 30,000 Thlr. angenommen. Zu umfassenderen Erörterungen führte der Antrag des Grafen Renard um Aufnahme seiner auf den ihm vom Präsidenten Simson ertheilten Verweis bezüglichen Erklärungen in den stenographischen Bericht. Die Kommission beantragt Tagesordnung und den Auspruch einer Missbilligung gegen den Antragsteller. Graf Renard vertheidigte seine Anträge und bemerkte u. a., daß seine Versuche, auf anderweite friedliche Weise die Sache auszugleichen, gescheitert seien, daß die Kommissionsanträge indessen einer Tyrannisirung der Minorität durch die Majorität gleich zu achten seien, man möge daher die Kommissionsanträge ablehnen. Abg. Wessel er beantragte die motivierte Tagesordnung und beleuchtet zu deren Rechtfertigung die Stellung des Präsidenten gegenüber den Mitgliedern des Hauses, und die Nothwendigkeit, seine Autorität zu wahren und ihn nicht zu zwingen, an den Staatsanwalt zu gehen. — Abg. Wagener (Regenwalde) beantragte die einfache Tagesordnung und meint, daß hier zwischen zwei Ehrenmännern eine Angelegenheit schwebte, die auch außerhalb des Hauses zum Austrag gebracht werden müsse. — Nachdem die Abgg. Mathis (Barnim) für, Reichensperger (Geldern)

gegen die Kommission gesprochen, die Abg. Bürgers und Waldeck die motivierte Tagesordnung empfohlen, ward schließlich die einfache Tagesordnung abgelehnt, der Renardsche Antrag wegen Aufnahme seiner Erklärung in den stenographischen Bericht durch motivierte Tagesordnung und der Missbilligungsauspruch der Kommission modifiziert angenommen. — Der Finanzminister brachte hierauf einen Gesetzentwurf auf Änderung des Art. 99 der Verfassung (Bestellung des Staatshaushalts-Etats) ein, dahin gestend, daß der Etat des Vorjahrs die Grundlage für die Verwaltung bis zur gesetzlichen Bestellung des neuen Etats bilden soll, als äußerste Frist bis zu der Aufstellung desselben sind 6 Monate feststellt. Der Entwurf wurde der Budgetkommission überwiesen. Nach Erledigung einiger Petitionen, über welche die Gemeindekommission Bericht erstattete, wurde die Sitzung geschlossen. Das Haus vertrat sich bis Donnerstag 4. April.

Die Abg. v. Bentkowsky und Genossen haben (wie wir am Sonnabend bereits erwähnt) im Abgeordnetenhaus den Antrag eingebracht: das Haus solle beschließen: die Staatsregierung aufzufordern, 1) daß die der polnischen Sprache im Großherzogthum Polen zustehenden Rechte nicht fernerhin zu Gunsten einer rücksichtslosen Germanisierungstendenz systematisch verklumpt werden; so wie 2) daß alle, den bezüglicher Grundgesetze entgegenstehenden Restriktionen, Reglements und administrativen Erlasse beseitigt werden.

Motive: Die natürlichen und positiven Rechte der polnischen Nationalität sind hinlanglich bekannt. Nun verfolgt die Regierung seit einer Reihe von Jahren in Bezug auf das Großherzogthum Posen ein, den gegebenen Zusagen zwiderlaufendes, der polnischen Nationalität im höchsten Grade feindseliges Regierungssystem. Dieses System findet in der Sprachfrage seine Operationsbasis und seinen prägnantesten Ausdruck. Die Sprachfrage ist daher wiederum der Kern- und Kardinalpunkt der ganzen Posenschen Frage. In und wegen der Sprache leidet die ganze polnische Bevölkerung des Großherzogthums Posen am meisten und schwerlichsten. In der Sprachfrage können die Polen am deutlichsten und einmütigst die Geringschätzung erkennen, die ihrer Nationalität, wie der politischen Bedeutung des Großherzogthums, in gleichem Maße zu Theil wird. Wenn darüber, was unter „nationalen Institutionen“ zu verstehen ist, es allenfalls mehrere Meinung geben kann, so ist darüber, daß unter der Zusage: „Eure Sprache soll neben der deutschen in allen öffentlichen Verhandlungen gebraucht werden“, so wie unter der Zusage von „Schutz und Würdigung“ der polnischen Sprache, eine systematische Unterdrückung dieser Sprache nicht verstanden werden sollte, nur eine Meinung möglich. Es kommt daran, die heute in Kraft befindliche, sogenannte geistige Ordnung der Sprachverhältnisse zu beleuchten, und dabei zu zeigen, wie schon dieser geistige Zustand eben so sehr den geschlossenen Verträgen, wie den Rechten und Wünschen der Bevölkerung widerspricht; sodann dorthin, wie neben diesem geistlichen Zustande eine ungesehliche Praxis diesen Widerspruch schärfer und unerträglicher macht. Als vor zwei Jahren ein analoger Antrag zur Beratung des hohen Hauses gelangte, fand es die Regierung angemessen, das ihr vorgehaltene System und die absichtliche Missachtung der positiven Rechtsnormen in Abrede zu stellen, indem sie ihre vollständige Anerkennung der völkerrechtlichen Stipulationen und der sonstigen Zusicherungen bekehrte, die nicht zu bestreitenden Thatsachen aber, welche beispielweise zum Belege des Gegenthals angeführt wurden, als vereinfachte Mißgriffe oder Mißbräuche, die auf dem Wege ordnungsmäßiger spezieller Beschwerde jedenfalls Abhause gefunden haben würden, zu charakterisieren. Die Lage der Sache hat sich seitdem wesentlich verändert. Die obersten administrativen und Gerichtshöfe des Großherzogthums Posen nehmen keinen Anstand mehr, die Sprache, dieses den Polen feierlich garantire Kleindod ihrer Nationalität, als bloßes Verständigungsmittel, über dessen Notwendigkeit oder Überflüssigkeit die der polnischen Nationalität abholde Bürokratie, ja selbst untergeordnete Beamte in jedem einzelnen Falle zu entscheiden hätten, offiziell zu erklären. Nicht genug: Die Herren Minister des Innern, der Finanzen, ja der Justiz stehen nicht mehr an, diese rechts- und gesetzwidrige nur aus antinationalen Tendenzen eigenmächtig aufgestellte Doctrin, in ihren offiziellen Auslassungen und Bescheiden zu bestätigen. Das Hauptheind der Nationalität, voran die polnischen Einwohner des Großherzogthums Posen ein unbestreitbares Recht haben, wird hierdurch zu einem Nothbehelf der allerdüstigsten Verständigung herabgewürdigt und die hochwichtige Angelegenheit auf eine linguistische und utilitäre Frage zurückgeführt. Ist es denn möglich, daß die Staatsregierung auch noch dabei bei der früheren Behauptung beharrte: sie lasse der polnischen Nationalität und Sprache die übernommenen und angelobten Schutz und Pflege angedeihen? Es wird in Schule und öffentlichem Leben seit Jahren alles Mögliche gethan, um die Kenntnis der deutschen Sprache unter der polnischen Bevölkerung, angeblich aus warmer Fürsorge für ihre Bildung und besseres Fortkommen, allgemein zu machen, und jetzt wird Seitens der Staatsregierung der einseitige und willkürliche Satz aufgestellt, daß, wer Deutsch versteht, der polnischen Sprache kein Bedürfnis mehr habe. Haben denn alle die Deutschen, die in Holstein und Schleswig leben und Dänisch etwa verstehen, kein Bedürfnis mehr der deutschen Sprache? Wenn endlich einerseits den gebildeten Klassen die polnische Sprache im amtlichen Verkehr vorenthalten wird auf Grund des vermeintlichen Mangels an Bedürfnis, so wird sie andererseits dem ungebildeten Landvolke vorenthalten, weil dasselbe es nicht ausdrücklich fordert, sich über das unverständliche Deutsche zu beschweren nicht in der Lage ist und, der Bürokratie Willkür weithin, meistens Alles geduldig über sich hingeben läßt. Ein derartiger Stand der Dinge ist rechts- und gesetzwidrig. Obgleich für die polnische Nationalität im höchsten Grade bezeichnend und verlewendend, wird er doch zu dem, von der Regierung beabsichtigten Ziele der Nationalisierung der polnischen Landschaftlich nicht führen; desto sicherer führt er aber zum allzeitigen Verderben.

Unterstützt ist der Antrag durch die Abg. v. Bentkowsky, Graf v. Mielzyński (Wreschen), Dr. Libelt, v. Morawski, v. Zoltowski (Krotoschin), v. Chlapowski, Pilaski, Dr. v. Niegolewski, Graf v. Mielzyński (Fraustadt), Wyżynski, v. Stabłowski, Graf Cieślowski, v. Guttry, Graf Plater, v. Lyskowksi, v. Zoltowski (Buk).

Lokales und Provinziales.

Posen, 25. März. [Steuerverhältnisse.] Im Jahre 1861 sind in Posen 618 Personen, welche mindestens 1000 Thlr. Einkommen haben, zur Staatssteuererhebung herangezogen. Abzüglich des geistlichen Erlasses für Mahl- und Schlachsteuer von 20 Thlr., entrichten dieselben 21,676 Thlr. Steuer. Ohne den gedachten Abzug würden diese Steuerpflichtigen 34,036 Thlr. zu zahlen haben. Der Nationalität nach zählen: 528 Deutsche 18,328 Thlr., 90 Polen 3348 Thlr. Unter letzteren sind 10 höhere katholische Geistliche, welche mit 508 Thlr. veranlagt sind. Der Religion nach zählen: 301 Evangelische 10,530 Thaler, 200 Juden 6880 Thlr., 116 Katholiken 4256 Thlr. Unter diesen 11 Geistlichen mit 548 Thlr., ein Griech 10 Thlr. Die deutsche Bevölkerung unserer Stadt trägt somit fast sechsmal mehr als die polnische zur Staatssteuererhebung bei. Über die Kommunaleinkommensteuer, durch welche die städtischen Bedürfnisse, namentlich die Schul-, Kranken-, Armen- und Waisenanstalten großenteils unterhalten und die Kosten für die Unterhaltung der Kommunalanstalten, der städtischen Gebäude, Straßen und Brücken, der Kranken- und Armenpflege bestreit werden, liegt uns für das laufende Jahr noch keine Zusammenstellung vor. Die Steuerlast ruht aber hierbei in noch viel höherem Maße auf der deutschen Bevölkerung, da der gewerb- und handelstreibende Mittelstand großenteils ihr angehört.

— [Auch eine Erklärung.] Bei dem wegen eines gewaltfamen Diebstahls bei dem Galanteriewarenhändler M. kurzlich hier verhafteten Buchbinderehrling K. wurde u. a. eine neue weiße Bipselmütze, wie man solche hin und wieder bei Lebäckern sieht, jedoch mit rotem Besatz und Trauerstirn vorgefunden. Über den Erwerb befragt, gab K. die naive Erklärung ab, daß er dieselbe bei einem Mützenmacher sich machen lassen und aus dem Erlöse des gestohlenen Guts bezahlt habe, um seinem nationalen Schmerze wegen der in Warschau gefallenen Brüder einen gefühlvollen Ausdruck zu geben. Wem fällt dabei nicht Hans Schnock, der Schreiner, aus dem Sonnernachtstraum ein, der, in einer Löwenhaut gekleidet, auf Thisbe es gemünzt hatte, und von dem Theseus sagt: „Gut gebrüllt Löwe, übrigens eine sehr hässliche Bestie und sehr gewissenhaft!“

Posen, 25. März. [Stadttheater.] Wenn nicht die drängende Masse bedeutenden politischen Stoffes uns gebotenerlich zwänge, mit dem Raum für Alles, was mehr oder weniger feuilletonistischen Anstrich trägt, jetzt sehr sparsam umzugehen, so würde die geistige Vorstellung der „Maria Stuart“ sehr erwünschten Anlaß zu einem, vielleicht für Manche nicht ganz uninteressanten dramaturgischen Exkurs bieten. Da das aber nicht sein kann, so müssen wir auf einige aphoristische Bemerkungen uns beschränken, ohne dafür, wie wir in ähnlichen Fällen sonst gewohnt sind, die wissenschaftlichen oder praktischen Beweise beizubringen. Frau v. Bärndorf ist mit ihrer hohen, edlen Gestalt, ihrer in der That königlichen Haltung z. c. für eine Maria Stuart wie geschaffen, und sie gab gestern, wie sich erwarten ließ, eine außerordentlich bedeutende Leistung. Sie hat keine Rivalin in derselben zu scheuen, wenn man auch, den höchsten Maßstab angelegt, Einzelnes anders wünschen kann. zunächst dünkt uns, als sei, wenigstens zu Anfang, die große Künstlerin nicht ganz freie Herrin ihrer Mittel gewesen. Das Organ schien etwas ermüdet und umflost, und was wir neulich über den Mangel desselben an Umfang nach der Tiefe zu bemerkten, kam in den hochtragischen, leidenschaftlichen Stellen dieser Partie mehr noch zur Wahrnehmung. Auch die Anfangsscene des 3. Akts litt etwas darunter, und die hohe declamatorische Kunst der Darstellerin vermochte das nicht vollständig zu verdecken. Im 1. Akt dünkt uns die Darstellung ein wenig unruhig, da wir sonst wohl noch signifikante Übergänge zwischen den einzelnen entgegengesetzten Seelenstimmungen wahrgenommen hätten, die Frau v. B. außerdem so überaus schön darzustellen weiß. Auch ward sie und da eine unserm Gefühl nach zu sehr ausgeführte mimische Detailmalerei (z. B. in der ersten Scene mit Mortimer) angewendet, die zwar von großer Kunst zeugt und hinreichend wirkt, unsers Bedürfnis aber mit den großen Strichen, welche die Bezeichnung tief tragischer Charaktere erheischt, nicht ganz im Einklang steht. Das unsere kleinen Ausschüttungen, die wir der großen Künstlerin nicht verschweigen wollen. Wir haben schon neulich gefragt: Je höher der Künstler steht, desto größer der Maßstab, den man, dadurch seine Künstlerische Bedeutung ehrend, anlegen muß. Alles Uebrige war nicht nur vortrefflich, sondern meister- und musterhaft. Namentlich rechnen wir dahin das Gespräch mit der Elisabeth im 3., so wie den ganzen 5. Akt. Hier war künstlerische Vollendung nach jeder Seite hin. An höchst verdienter Anerkennung ließ es das recht zahlreich anwesende Publikum auch nicht fehlen, und während nach dem 1. Akt der großen Künstlerin eine Anzahl Bouquets zuflossen, ward ihr am Schluss ein wohl verdienter Lorbeerkrans zu Theil.

Dr. Sonntag vom Dresdener Hoftheater, ein Bruder der einst so gespielten Gräfin Nossi, hatte den Leiter übernommen, eine Partei, die freilich zur Gründung eines Gastspiels vor fremdem Publikum nicht sonderlich günstig ist. Der junge Künstler hat, seit wir ihn nicht gesehen, sehr wenige Fortschritte gemacht. Ein wohlauftretendes, kräftiges Organ, eine noble Erscheinung, verständiges und dabei doch warmes Erfassen und durchdachtes Durchführen der Rolle, eine durchweg gebildete, natürliche Sprache empfiehlt ihn. Hier und da läßt er sich von der Situation zu sehr hinreissen, sei es zu theatralischer Haltung, sei es zum Übernehmen des Organs. Wir müssen günstigere Rollen abwarten, um über die selbständige Kraft des jungen Künstlers urtheilen zu können, dem es übrigens gestern an verdientem Beifall nicht fehlte. — Die Gesamtvorstellung der Tragödie konnte für die Verhältnisse befriedigen. Allgemein gab sich ehrenwerthes Streben fund. Vorzugsweise möchten wir die Herren Richter und Urban (Mortimer und Burleigh), auch Hrn. Hanke (Paulet) nennen, und Fr. Müller für den auf die schwere Rolle der Elisabeth verwendeten Fleiß danken. Auch die kleine Partie der Margaretha Kurt griff durch die sehr gelungene Darstellung des Fr. Saenger im letzten Akt wohlthuend ein.

Dr. J. S.

n Wreschen, 23. März. [Der Geburtstag des Königs; deutscher Verein.] Der Geburtstag Sr. Majestät wurde hier in den Kirchen und in allen Schulen festlich begangen; und zwar in den Schulen durch Gebet, patriotische Vorträge und Gesänge. In den Kirchen wurden Andachten gehalten, an welchen sich namentlich die Beamten zahlreich beteiligten. Diese Feierlichkeiten folgte ein Festdiner im Paprzeczy'schen Gastehaus. Der Saal war durch Aufstellung einer Büste Sr. Majestät und mit schwarz und weißen Fahnen dekoriert. Der größte Theil der deutschen Beamten aus der Stadt und dem Kreise Wreschen, die deutschen Gutsbesitzer und Pächter waren sehr zahlreich erschienen, so daß die Theilnahme eine nach bisherigen Verhältnissen glänzende zu nennen war. In den Toast auf das Wohl Sr. Majestät, welchen der Landrat Freymark in einer ergründenden Red. aussprach, stimmte die ganze Versammlung mit Begeisterung ein. Nachdem noch die Festymnen „Hed dir im Siegerkranz“ und „Ich bin ein Preuße“ von allen Anwesenden unter Musikbegleitung gesungen waren, trennte sich die Versammlung, durchdrungen von der hohen Wichtigkeit des Tages. Abends waren viele Häuser der Stadt illuminiert. — An demselben Tage bildete sich hier ein Zweigverein des geselligen Vereins deutscher Landwirte. Etwa 18 Grundbesitzer und Pächter erklärten ihren Beitritt und wählten zu ihrem Vorsteher und Vertreter bei dem Hauptvereine einstimmig den Mittergutsbesitzer Lüdemann auf Sędziszow.

5 Bromberg, 21. März. [Aus dem Wirsitzer Kreise; Einladung; Stadtvorordnetenversammlung; hohes Alter; Petition; Feuer; Bestrafung; Vorfeier.] Aus der Gegend von Lobsens werden jetzt viele Klagen über schlechte Wege und mangelhafte Postverbindungen laut, welche besonders in Folge eines noch nicht entschiedenen Prozesses zwischen einem Müller in Wirsitz, und dem Fisius wegen der Reparatur einer über die Lobsionka (einen kleinen Zufluss der Neiße) führenden Brücke hervorgerufen sind. Die Brücke, über welche der direkte Weg nach Lobsens geht, ist nämlich vor Kurzem von dem Kreisbauinspektor für denmaßen baufällig erklärt worden, daß er die Verantwortlichkeit nicht mehr tragen könne. Nun weigert sich aber der Müller, über dessen Grundstück sie gebaut ist, die Brücke zu reparieren, da in Folge der baldig in Angriff zu nehmenden Chauffee von Osiel, einem Stationsort der Eisenbahn, nach Wirsitz resp. Lobsens der Staat eine Brücke über die Lobsionka und zwar an derselben Stelle, wo die gegenwärtige steht, weil dies der passendste Ort ist, legen muß. In Folge dessen wird jetzt vom Publikum postgreddungen von Osiel nach Lobsens ein Umweg von ½ Meile gemacht. Die Post befördert von Osiel aus ihre Passagiere auf Leiterwagen, da die gewöhnlichen Postwagen bei den schlechten Wegen zu schwere sind. Vor einigen Tagen hat der Oberpostdirektor Platzy aus Bromberg diese Gegend besucht und eine andere Tour als bisher zur Poststraße von Osiel nach Lobsens bezeichnet, wodurch aber ein noch größerer Umweg, nämlich 1 Meile, gemacht werden muß, um die Überfahrt über die Lobsionka zu vermeiden. Auch ist dieserhalb die Postexpedition in Wirsitz, welche so lange jenseits des Flusses gelegen hat, nach dem diefeitigen Ufer verlegt worden. — Der geistige Jahrmarkt in Lobsens war in Folge des schlechten Wetters und des überall aufgeweichten Bodens nur sehr dürlig sowohl von Verkäufern als Käufern besucht. Unter Leiteren befand sich ein Pferdehändler aus Hannover, um Pferde für die dortige Regierung anzulaufen; die Auswahl war aber unbedeutend, auch waren die vorhandenen, allenfalls brauchbaren Pferde außergewöhnlich teuer, so daß nur sehr wenige Verkäufe zum Abschluß kamen. — Gestern Abend versammelten sich die hiesigen Innungsmeister und beschlossen, den Abg. Schulze-Delitzsch, der hier am Sonnabend einzutreffen und als Vorstandmitglied des deutschen Nationalvereins am Montag im hiesigen Nationalverein einen Vortrag halten wird, schriftlich zu erzählen, im Handwerkerverein einen Vortrag über Darlebensbanken halten zu wollen. — In der heutigen Stadtverordnetenversammlung wurde

beschlossen, zur Zierte des Sitzungssaales die Blüten Ihrer Majestäten des Königs und der Königin anzuschaffen. Behufs Anlage von Trottoirs in verschiedenen Städtheilen bewilligte die Versammlung für dieses Jahr die Summe von 700 Thlr. inst. der Hindestuer. Zum Schluß wurde in einem Dringlichkeitsantrage die Kontrakte mit den Beamten der Gasanstalt vorgelegt und genehmigt. Hierauf erhält der Ingenieur bei Erlegung von 500 Thlr. Kanion ein Jahrgehalt von 500 Thlr., nebst freier Wohnung und Heizung; ein Gehülf des selben (ein hiesiger Gelbgießer) 240 Thlr.; außerdem ist letzterem vom Magistrat eine jährliche Remuneration von 80 Thlr. in Aussicht gestellt. — Am 13. d. wurde in Graudenz die dort wohnhafte Witwe Cieborzka beerdigt, welche vor einigen Tagen in dem ungewöhnlichen Alter von 103 Jahren gestorben ist. Die Langsamkeit scheint übrigens in der Familie erblich zu sein. Die Mutter der Verstorbenen erreichte das 115. Lebensjahr, und eine Tochter derselben, die jetzt hier lebende Witwe Collin, bei welcher die Verstorbene in Schwab 48 Jahre gelebt hatte, erfreut sich jetzt in ihrem 73. Lebensjahr noch einer seltenen Rüttigkeit und Frische. — In diesen Tagen ist eine Petition mehrerer hiesiger Israeliten an das Abgeordnetenhaus gesandt worden, welche den Erlass eines Gesetzes betrifft, durch welches den Israeliten die ihnen durch Artikel 4 und 15 der Verfassungskundgebung gewährte selbständige Verwaltung ihrer Religionsangelegenheiten überlassen, natürliche aber der bestehende Zwang wegen Ablösung ihres Anteils an den Korporationsverpflichtungen im Falle der Wahl eines anderen Wohnstiles aufgehoben wird. — In dem Dorfe Salmierowo im Wirsitzer Kreise brach in der Nacht zum Dienstag Feuer aus und zerstörte das Wohnhaus des Schulzen Rev. — In vorheriger Woche wurde von der Kriminalpolizei hiesiger Kreisgerichts der Arbeitersmann Schulz aus Gorzkowsko zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er einen Steuerbeamten hieselbst (Steinke), als er einige Defraudanten festhalten wollte, bei der Brust gepackt, und so lange festgehalten hatte, bis die Defraudanten mit ihren einzuschümmelnden Gegenständen entflohen waren. — Heute fand sowohl in der Realschule wie im Gymnasium hier ebenfalls zur Vorfeier des Geburtstages Sr. Maj. des Königs ein Aktus statt. Die Reden hielt die betreffenden Direktoren; Gesänge wurden von den Schülern exequirt.

Kaczendorf, 23. März. [Ein Veteran; Landwirtschaftliches.] Am 14. d. starb zu Wodzic der emeritierte Lehrer Bohne im Alter von 85 Jahren. Er ist einer der wenigen Veteranen, die noch zur Zeit des großen Friedrich gelebt haben. Er hat fünf Regierungswechsel erlebt und hat drei Könige als Soldat und dann als Lehrer treulich gedient. Außerdem war er der Berater für die ganze Gemeinde und half besonders durch seine ärztlichen Kenntnisse Alt und Jung. Er lebte ganz gesund bis zu seinem 8. Tage dauernden letzten Krankenlager, und hatte niemals eine Krankheit, nicht einmal Zahnschmerzen gehabt. Dazu kommt noch die Seltenheit, daß der Verstorbene alle seine Zähne mit ins Grab genommen hat. — Die landwirtschaftlichen Arbeiten haben bereits begonnen, hier und da sind schon Erbsen gesät worden, auch gedenken Viele noch in diesem Monat Kartoffeln zu pflanzen. (B. W.)

Eine deutsche Stimme aus der Provinz Posen.

Die Wochenschrift des Nationalvereins berührt in ihrer letzten Nummer die polnische Sache, und verhehlt ihre Sympathien nicht, aber mit folgendem Vorbehalt: „An der preußischen Grenze begegnen sich die deutschen und polnischen Rechte, kreuzen sich die deutschen und polnischen Lebensfragen, die preußische Grenze ist Polen gegenüber die Grenze der deutschen Sympathie und Neutralität.“ Von unserem Standpunkte aus können wir den Anschauungen des Blattes, die auf richtiger Würdigung der gegenwärtigen Verhältnisse beruhen, nur beipflichten, und wollen dabei zugleich hervorheben, daß das Organ des Nationalvereins schon mehrmals Verhandlung genommen, für deutsche Interessen auch hier an den fernen Grenzen einzutreten. Um so mehr ist es zu bedauern, daß nach dem Beispiel Brombergs sich in Posen noch kein Nationalverein gebildet hat, dem ein großer Theil der Mitglieder des Vereins der deutschen Landwirtschaft sich gewiß gern anschließen würde. Nach der Wochenschrift des Nationalvereins gehören ihre Sympathien der polnischen Sache im Großen, d. h. dem polnischen Volke; die Brüderstücke der polnischen Nation, die diesseits der Grenze wohnen, bilden aber um so weniger eine Nation, da sie untermischt leben mit einer fast gleichen Zahl einer andern Nationalität. Der russischen Regierung steht ein geschlossenes Volk gegenüber, der preußischen nur eine schwache, in sich gespaltene Partei. Die russische Regierung kann dem polnischen Volke, wenn sie es für gefahrlos hält, ausgedehnte nationale Konzessionen machen, die preußische darf der polnischen Partei nichts mehr gewähren, ohne ungerecht gegen die Deutschen zu werden, die ein Recht haben, sich unter einer deutschen Regierung auch als Deutsche zu fühlen. In Barshau waren die jüdischen Einwohner gezwungen, sich den Volksdemonstrationen anzuschließen, wollten sie nicht isolirt dastehen und bei Verleihung von Volksrechten vergessen werden; in Posen bleibt ihnen die Wahl mit der polnischen Partei zu gehen, deren Endziel Ablösung vom preußischen Staatsverband ist, oder mit der deutschen, der sie durch Sprache und Bildung verwandt sind und der sie sich in ihrem besten und allergrößten Theile zuneigen.

Gestiftet auf diese Verschiedenheit der Verhältnisse diesseits und jenseits der polnischen Grenze, hat die preußische Regierung das Recht und die Pflicht, in Bezug auf die Provinz Posen die Theilnahme des Auslandes für die polnische Sache und die Deklamationserlaubter Zeitungen vollständig zu ignorieren. Neben der Achtung ihrer Sprache genießt die polnische Partei gleich den übrigen Untertanen des Königs unverhüllt alle verfassungsmäßigen Rechte; alle weitergehenden Forderungen müssen mit Nachdruck und Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Schwäche und Unentschließtheit sind der unverzüglichste Fehler einer Partei gegenüber, die ihre ganze Stärke schöpft aus der maßlosen Keckheit, mit der sie austritt, die jede Nachgiebigkeit nicht als einen Ausflug der Milde und Versöhnlichkeit, sondern der Furcht anstellt, und die durch Gewährung einer Forderung nur immer zu einer neuen und dem Strudel der Revolution näher getrieben wird. Das im Jahre 1848 in unserer Provinz vergossene Blut und die Trauer und den Ruhm so vieler Familien wird die Geschichte weniger den polnischen Parteiführern, als vielmehr dem Schwanken und der Unentschlossenheit der Militär- und Zivilbehörden der Provinz zur Last schreiben, mögen ihnen auch die damals so verwirrten preußischen und deutschen Zustände zur Entschuldigung gereichen.

Es sind hin und wieder Zweifel darüber gehört, ob in den leitenden Kreisen jetzt diejenige Entschiedenheit vorherrsche, die Wiederkehr ähnlicher Ereignisse zu verhindern. Die Worte des Ministers des Innern waren deutlich und kräftig genug, und sollten, da sie allen Behörden der Provinz zur Rücksicht dienen müssen, jene Zweifel beseitigen. Immerhin aber wäre es wünschenswert, es nicht nur auszusprechen, daß Preußen den lebten Mann und letzten Thaler an die Behauptung der Provinz sehen wird, sondern es auch die Handlungen auszudrücken, um dem gemeinsamen Mann darüber die Augen zu öffnen, daß die Intentionen polnischer Parteiführer im Widerspruch stehen mit denen der Regierung. Niemals wird es dann der Agitation gelingen, die ländliche Bevölkerung zu einer Aufstandsbewegung zu verleiten, die sich im Jahre 1848 erst zu einer schwachen Beteiligung verstand, nachdem durch den plötzlichen Fortsetzung in der Beilage)

chen und überreichten Rückzug der Truppen aus den Kreisstädten die Autorität der landräthlichen Behörden gelähmt, und so die ungurtechnungsfähige Menge zu dem Glauben verleitet werden konnte, daß der Staat diese Provinz aufgegeben. Die Bestrebungen einer weisen Regierung müssen dagegen gerichtet sein, nicht Aufstände zu unterdrücken, sondern sie geradezu unmöglich zu machen. Auch furchtlose Gemüther werden wohl von ernstlichen Besorgnissen der Art noch nicht geplagt sein, aber von der Unmöglichkeit einer vorübergehenden Unruhe wird man sich schwer überzeugen können, wenn man sieht, daß gerade diejenigen Kreise von Militär ganz entblößt sind, welche früher der Herd und die Stützpunkte der Revolution waren, während doch die Erfahrungen aus jener Zeit lehren, daß kein Mittel geeigneter ist, Aufstände zu vermeiden, als die Befreiung der Kreisstädte und die Aufrechterhaltung der Autorität der Landräthsämter.

Strombericht.

Oborniker Brücke.

Am 22. März. Kahn Nr. 2, Schiffer Christian Bergmann, von Birke nach Posen mit Mauersteinen.
Am 23. März. Kahn Nr. 1680, Schiffer Wilhelm Seidler, und Kahn Nr. 1368, Schiffer Michael Dürschöf, beide von Obrzycko nach Posen mit Brettern.

Angelokommene Fremde.

Vom 24. März.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDEN. Die Gutsb. v. Fahrenheid aus Bey-

nuhnen und Martini aus Lukowo, die Kaufleute Ungar, Reedelsheimer und Scheerenberg aus Berlin, Levinsohn aus Hamburg, Kropels aus Emmerich und Müller aus Dresden.

SCHWARZER ADLER. Partikular Thierich aus Schroda und Dekonom Glogier aus Mosciejewo.

HOTEL DE BERLIN. Frau Postdirektor Kunau aus Marienwerder, Gutsbesitzer v. Koszutski aus Modlizewo, die Kaufleute Moll und Weyl aus Lissa.

BAZAR. Die Gutsb. v. Sawicki aus Rybno, v. Niezychowski aus Nowe, v. Radouski aus Krzesie, v. Laski aus Konino, v. Chłapowski aus Kopasewo, v. Rutowski und v. Koszowski aus Proszlowo.

DREI LILIEN. Partikular Kozłowski aus Toniszewo und Kaufmann Laiuscher aus Breslau.

PRIVAT - LOGIS. Fräulein Gräfsmacher aus Driesen, Bergstraße 12.

Vom 25. März.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Die Gutsb. v. Brodnicki aus Nieswastowice, v. Urbanowski aus Komalište, Bayer aus Skorzevo, Bedek aus Golnow, v. Taczanowski aus Pogorela und v. Kierski aus Poborska, die Kaufleute Gerloff aus Erfurt und Sarau aus Potsdam.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDEN. Die Gutsb. Frauen Gräfin Wegierska aus Zakrajewo und v. Kęszycka aus Bloczicewo, die Gutsb. Tütterbog aus Owieczki und Sperling aus Kłosowo, Lieutenant a. D. Weste aus Blugowo, die Kaufleute Eylek aus Nemischek, Eisig und Schumann aus Bremen, Witthaus aus Kettwig, Hollmann aus Schwedt, Moses aus Stettin und Kraatz aus Berlin.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Agent Schaumberg aus Magdeburg, Bau-meister Koch und Appell. Ger. Auskultator Gräpe aus Rawicz, die Kaufleute Krause aus Breslau und Sellig aus Dresden.

HOTEL DU NORD. Fräulein Moch aus Berlin, die Rittergutsb. v. Szczawiński aus Bogumiło und v. Skarżyski aus Groß-Sofolnik.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Kaufm. Voltz aus Worms, Agro-

nom v. Wierzbicki aus Czerwica, Architekt Tomaszewski aus Berlin, Rentier Bethal aus Rapow, Gutsb. v. Zablocki aus Obora, Gutsb. und Lieutenant Bayer aus Jawada, Rittergutsb. v. Britzow aus Berlin, Wirths. J. Inspектор Klug und Frau Klug aus Mrowino.

SCHWARZER ADLER. Die Gutsb. v. Postatecki aus Pierzyński, Bagrowiecki aus Szczepin, Kiesewetter aus Kleszczewo und Mroziński aus Glinno, Frau Gutsb. Gintor aus Szroda, Dekonom Wulfowski aus Glinno, Holzhändler Döring aus Berlin und Realschullehrer Müller aus Rawicz.

HOTEL DE BERLIN. Die Kaufleute Graß aus Paris, Knappe aus Breslau, Friedmann aus Rawicz und Pohl aus Stroppau, Ingenieur Hammer aus Ostrowo, Professor Amplect aus Warschau, Rentier Weißner und Frau Weißner aus Kielce, die Rittergutsb. Kirchstein aus Zydlow und Hoffmeyer nebst Frau aus Dorf Schwerenz, Dekonom Lehmann und die Gutsb. Lehmann nebst Frau aus Garby, Heideroth aus Pławce, Heideroth aus Zabłotowo, Treppmacher aus Wulka und Böning aus Radom.

HOTEL DE PARIS. Die Gutsb. v. Skoraszewski aus Wysocki, v. Baranowski aus Gwiazdowo, v. Nowicki aus Rydz, v. Bojanowski aus Sarbinowo, Sygniewski aus Piotrowo, Suszycki aus Słomowo, Lichtwald aus Bednary und v. Wilkonski aus Graboszewo, prakt. Arzt Dr. Swieciecki aus Schrimm, Bürger Kirchstein aus Kostrzyn und Kaufmann Bach aus Schwerenz.

BAZAR. Staatsanwalt v. Löffow aus Wreschen, Frau Gutsb. v. Koszutski aus Modlizewo, die Gutsb. Maszewski aus Minsk, v. Loffo aus Borzyn, Opaliński und Rybacki aus Polen.

GOLDENES REH. Kath. Priester Wysocki aus Keltisch, die Kaufleute Stock und Ehrenfried aus Wreschen, Jacobi aus Gnesen und Lich aus Pudewitz.

HOTEL ZUM SCHWAN. Die Konzertisten Schumann, Rotter, Vitali, Zaffieri, del Corso und Bonartino aus Italien.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Bekanntmachung.

a) in 4% Pfandbriefen auf	13,759,200 Thlr.
b) in 3½ %	11,787,260 .
zusammen auf 25,546,460 .	
1) ammortisiert bis einschließlich der Johannisversur 1860	6,624,575 Thlr.
a) in 4% Pfandbriefen	4,040,340 .
2) von Seiten der Pfandbrieffschuldner und in Folge von Rentenablösungen gefündigt	4,602,100 Thlr.
a) in 4% Pfandbriefen	988,280 .
zusammen 16,255,395 Thlr.	

Das verbleibende Pfandbrieffskapital beträgt sonach in der gedachten Versur 9,291,065 Thlr.

Zum Salarien- und Kostenfonds sind von Johanni 1858 bis dahin 1860 eingegangen:

1) an Zinsen von den im eigentümlichen Fonds vorhandenen Pfandbriefen	69,878 Thlr. 19 Sgr. 6 Pf.
2) an Gebühren für neu ausgesetzte Pfandbriefe	5 . 3 . 9 .
3) das von den Schuldnern zur Befreiung der Verwaltungskosten bezahlte 1/4 Prozent mit	77,749 . 22 . 5 .
4) an außerordentlicher Einnahme, als Verzugszinsen, Depots, abgegebene, Miete von den im Landschaftshause vermieteten Lokalen und dergleichen	3,173 . 5 .
zusammen 150,806 Thlr. 20 Sgr. 8 Pf.	

Verausgabt ist dagegen zu den Gehältern, Pensionen, Gratifikationen, Diäten und Reisegebühren, Verwaltungskosten des landschaftlichen Hauses, Auslagen für die Zahlung der Pfandbrieffzinsen in Berlin und Breslau, Porto und Botenlohn, Insertions-, Drucksachen, Pfandbriefs- und Schreibmaschinenmaterial und Beleuchtung, so wie sonstige Büroaufwendungen.

Welche zu dem eigentümlichen Fonds der Landschaft vereinbart worden.

Der eigentümliche Fonds der Landschaft bestand zu Johanni 1860

1) aus Pfandbriefen

a) zu 4%

b) zu 3½ %

2) aus Baar

1,465,940 Thlr. 8 Sgr. 6 Pf.

Die gesamte eigentümliche Fonds beträgt daher 1,550,086 Thlr. 10 Sgr. 9 Pf.

Posen, den 15. März 1861.

General-Landschafts-Direktion.

Bekanntmachung.
Die Ausführung des Baus der Chaussee von Wongrowitz in der Richtung nach Marzenin bis an die Chodziesner Kreisgrenze in der Länge von 4030 Ruten soll im Wege der Submission im Ganzen oder in 2 Theilen zu je einer Meile ausgethan werden.

Die ganze Chausseeliste ist mit 58,000 Thalern veranschlagt. Die Submissionsgesuche für die erste oder zweite Meile, oder die ganze Linie sind bis zum 10. April c. an den unterzeichneten Landräts portofrei einzureichen.

Auf der Adresse ist zu bemerkern:

Submissionsgesuch wegen der Wongrowitz-Margoniner Chaussee.“
Die Kostenanträge und Kontrahitionsbedingungen können vom 28. d. M. ab im landräthlichen Büreau hier selbst eingesehen werden.

Wongrowitz, den 19. März 1861.

Röntlicher Landrat von Suchodolski.

Bekanntmachung.
Die der Stadt gehörige Ackerparzelle von circa 6 Morgen neben dem Begräbnisplatz von St. Martin und dem Feldweg nach Müllhausen, welche bisher der Müllermeister Wollinst in Pacht gehabt, soll anderweit auf drei Jahre, vom 1. Mai c. ab, an den Meistbietenden verpachtet werden.

Der Auktionstermin hierzu steht auf den 28. d. M. Vormittags 11 Uhr vor dem Stadtschreiber Herrn Zehe auf dem Rathause an. Die Pacht ist jährlich pränumerando zu berichten.

Posen, den 12. März 1861.

Der Magistrat.

Nothwendiger Verkauf.
Königl. Kreisgericht zu Kempen.

Das zu Kempen sub Nr. 275 belegene, dem Mühlensitzer Carl Gottlob Jirkel jetzt dessen Erben gehörige Mühlengrundstück, abgeschätzt auf 21,600 Thlr. zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registrazione einzuhenden Taxe, soll

am 26. April 1861 Vormittags 11 Uhr auf der Chaussee belegen, ist eine seit Jahren bestehende gangbare Konditorei sofort zu verpachten. Das Nähere in der Expedition dieser Zeitung.

Die Gläubiger, welche wegen einer aus dem

Vorläufige Anzeige.

Einem hohen Adel und geckten Publikum die vorläufige Anzeige, daß ich auch in diesem Jahre ein Lager patentirt feuerfischer Dachpappen aus der Fabrik von W. Wolfheim, Stettin, sowie ebenfalls feuerfischer Dach-, Schiff- und trockner Haar-Filze aus der Fabrik des Herrn Grüner & Comp. aus Belfast in Irland in großen Niederlagen halten werde. Ueber die akkantte Güte und Dauerhaftigkeit dieses Deckmaterials offeriere ich Broschüren gratis, Eindeckungen damit übernehme ich selbst, Steinkohlenteer halte ich auf Lager stets vorrätig, Asphalt und Pech, eigner Fabrik, empfehle ebenfalls bestens.

Julius Scheding,
Wallischei a. d. Brücke.

Französische Mühlsteine.

2 Paar gebraucht, und sowohl zur Weizen- als

Roggemühle zu benutzen, sind sehr billig zu

kaufen in der Dampfmühle Graben Nr. 2 in Posen.

Den 8. Sept. 1860.

Kempen, den 8. Sept. 1860.

General-Landschafts-Direktion.

Hypothekenbuche nicht erreichlichen Realsforderungen aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben sich mit ihrem Ansprache spätestens im obigen Termine zu melden.

Alle unbekannten Realpräidenten werden

aufgeboten, sich bei Vermeidung der Prälusion

pätestens in diesem Termine zu melden.

Kempen, den 8. Sept. 1860.

General-Landschafts-Direktion.

Nothwendiger Verkauf.

Königliches Kreisgericht in Gnesen,

den 7. März 1861.

Das gegenwärtig dem Gutsbesitzer Angelika v. Krzyżanowska gehörige adelige Gut

Dziećmiarki, landständisch abgeschäftigt

auf 57,832 Thlr. 14 Sgr. 4 Pf. zufolge der

nebst Hypothekenchein und Bedingungen in der

Registrazione einzuhenden Taxe, soll am

3. Oktober 1861 Vormittags 11 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle reibhaftiert werden.

Alle unbekannten Realpräidenten werden

aufgeboten, sich bei Vermeidung der Prälusion

pätestens in diesem Termine zu melden.

Kempen, den 8. Sept. 1860.

General-Landschafts-Direktion.

Nothwendiger Verkauf.

Königl. Kreisgericht zu Kempen.

Das zu Kempen sub Nr. 275 belegene, dem

Mühlensitzer Carl Gottlob Jirkel jetzt

dessen Erben gehörige Mühlengrundstück, ab-

geschätzt auf 21,600 Thlr. zufolge der nebst Hypo-

thekenschein und Bedingungen in der Regis-

tration einzuhenden Taxe, soll

am 26. April 1861 Vormittags 11 Uhr

auf der Chaussee belegen, ist eine seit

Jahren

Heute Abend 5 Uhr frische lebend. Stettiner
Hechte bei
Wwe. Korach, Bronkerstraße Nr. 6.

Frischen grünen Lachs
empfing per Gilgut
Jacob Appel,
Wilhelmsstr. 9, vis-à-vis Mylius Hotel.

Frische Kieler Sprotten und Speck-Büdlinige
empfing so eben
Jacob Appel,
Wilhelmsstraße Nr. 9, vis-à-vis Mylius Hotel.

Hamburg-Amerikanische Pakets. Akt. Gesellschaft. Direkte Post-Dampfschiffahrt zwischen Hamburg und New-York,

Post-Dampfschiff **Bavaria**, Capt. Meier, am 1. April,
Hammonia, **Schwensen**, 15.
Saxonia, **Ehlers**, 1. Mai.
Tentonia, **Taube**, 15.
Borussia, **Trautmann**, 1. Juni.
Fracht: Doll. 12 für ordinaire, Doll. 18 für feine Güter pr. 40 Kubikfuß mit 15 % Primage.
Passagierpreise: Erste Kajüte Pr. Crt. Thlr. 150, Zweite Kajüte Pr. Crt. Thlr. 100, Zwischendeck Pr. Crt. Thlr. 60.
Die Expeditionen der obiger Gesellschaft gehörenden Segelschiffe beginnen:
nach Newyork am 15. April per Dampfschiff **Donau**, Capt. Meyer,
Quebec 1. April Elbe, Boll.

Näheres bei dem Schiffsmakler
Wm. Miller's Nachf., Hamburg,
so wie bei dem für den Umsfang des Königreichs Preußen konzessionierten und zur Schließung
gültiger Verträge bevollmächtigten Generalagenten

H. C. Platzmann in Berlin,
Luisenplatz Nr. 7.

Wilhelmsstraße 26 sind mehrere ein aus-
möblirte Stuben 2 Treppen verhängt. Näheres beim
Tapezierer **Linnemann**.

Eine freundliche möblirte Stube Kanonenplatz
Nr. 7 ist sofort zu vermieten.
Ein junger Mann, beider Landessprachen mächtig, der auch etwas Kenntnisse im Französischen
und Englischen besitzt, wird als Lehrling gewünscht von

Wilhelm Krouthau & Ries.

empfiehlt sich durch ihre außerordentliche Schönheit, Körperlheit und Billigkeit vor allen neueren Bibelausgaben, die so eben komplett im Bibliographischen Institut in Hildburghausen erschienene lutherische

Gebunden
ganz Leder mit Goldschnitten
Thlr. 4½.

Neueste Prachtausgabe in Groß-Oktav, mit 50 schönen Stahlst. und dem Prämienblatt: Das Abendmahl.

Familien-Nachrichten.
Gestern Abend 5 Uhr wurde meine geliebte
Frau Ida geb. Neumann von einem ge-
fundenen Töchterchen glücklich entbunden.
Posen, den 24. März 1861.

Kirsch,
Hauptmann in der Niederschlesischen Artillerie.
Brigade (Nr. 5).

Am 18. März c. starb unser einziger Sohn,
der Handlungsdienner Hugo Gliemann,
im noch nicht vollendeten 23. Lebensjahr an der
Lungenentzündung zu Jinnowitz bei Wolgast.
Dies zeigen wir allen Freunden und Freunden,
um stille Teilnahme bittend, hierdurch ergebenst
an. Jarocin, den 23. März 1861.

Der Bürgermeister Gliemann nebst Frau.

Fonds- u. Aktienbörsse.
Berlin, 23. März 1861.

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Düsseldorf 3½ 75 b
Aachen-Maastricht 4 20-½ b
Ansterd. Rotterdam 4 79½ b
Berg. Märl. Lt. A. 4 88-½ b
do. Lt. B. 4 —
Berlin-Anhalt 4 115 b
Berlin-Hamburg 4 114 b
Berl. Potsd. Magd. 4 142 b
Berlin-Stettin 4 110½ b
Bresl. Schw. Freib. 4 95½ b
Brieg.-Neiße 4 52 b
Cöln.-Grefeld 4 —
Cöln.-Münden 3½ 137½ b
Cöln.-Oderb. (Wlh.) 4 36 b
do. Stamm.-Pr. 4 73 b
do. do. 4 80 b
Düsseldorf-Zittauer 5 —
Eduwigshof. Berl. 4 129 b u G
Magdeb. Halberst. 4 214 b
Magdeb. Wittenb. 4 36-36½ b
Mainz-Ludwigsb. 4 101-101 b
Mecklenburger 4 47½ b u G
Münster-Hammer 4 94 G
Neustadt-Welsben 4 95½ b
Niederschle. Märk. 4 —
do. Stamm.-Pr. 4 —
Nordb. Fr. Wilh. 5 45-44½ b u G
Oberschl. Lt.A.u.C. 3½ 124 b
do. Litt. B. 3½ 111½ b
Dest. Franz. Staat. 5 127½ b u G
Oppeln-Tarnowitz 4 34 G
Pr. Wlh. (Steel.-B.) 4 53 b
Vereinsbank, Hambr. 4 100 b

Rheinische, do. Stamm.-Pr. 4 80½ b
Rhein.-Rahebahn 4 24½ b
Ruhrort-Grefeld 3½ 76 G
Stargard.-Posen 3½ 84½ b
Thüringer 4 107 G

Waaren-Kred. Anth. 5 —
Weimar, Bank-Akt. 4 74½ G

**Bank- und Kredit-Aktien und
Anteilscheine.**

Berl. Kassenverein 4 116 G
Berl. Handels-Gef. 4 82½ G
Braunsch. Bl. A. 4 65-½ etw b u B
Bremer do. 4 99 B
Coburg, Kredit-do. 4 41 etw b
Danzig, Priv. Bl. 4 89 B
Darmstadt abgzt. 4 72 G
do. Ber. Scheine 4 —
do. Zettel-B. A. 4 95 G
Dessauer Kredit-do. 4 13½ b
Dessauer Landesb. 4 19½ b
Disk. Comm. Anth. 4 83½ b
Genfer Kred. Bl. A. 4 23 b
Geraer do. 4 69½ etw G
Gothaer Priv. do. 4 70½ b
Hannoverische do. 4 92 B
Königsb. Priv. do. 4 84 B
Leipzig, Kredit-do. 4 60 G
Lüneburg do. 4 84 B
Magdeb. Priv. do. 4 79 B
Melsungen, Kred. do. 4 69½ b
Moldau, Land. do. 4 —
Norddeutsche do. 4 86 G
Dest. Kredit. do. 5 55 b u G
Pomm. Ritt. do. 4 71 b u G
Poener Prov. Bank 4 82 b
Preuß. Bank-Akt. 4 123½ b
Rostocker Bank-Akt. 4 104 B
Schles. Bank-Verein 4 80 etw b u G
Thuring. Bank-Akt. 4 55½ b
Vereinsbank, Hambr. 4 100 b

Cöln.-Minden 4 88½ G
do. III. Em. 4 85½ b
do. IV. Em. 4 94 b
Cöls.-Oderb. (Wlh.) 4 84½ b
do. III. Em. 4 94 b
do. conv. 3½ G p. St. 4 90½ b
Concordia 4 103½ G fco. Binf. 4 102½ G
Magdeb. Feuervers. 4 415 G

Dessau, Kont. Gas-A. 5 96 b
Berl. Eisenb. Fabr. A. 5 59½ b
Hörder Hütten. A. 5 68½ b
Minerva, Bergw. A. 5 20 B
Neustadt. Hüttenv. A. 5 3½ G p. St. 4 93½ b
Concordia 4 103½ G fco. Binf. 4 102½ G
Magdeb. Feuervers. 4 415 G

Industrie-Aktien.

Dessau, Kont. Gas-A. 5 96 b
Berl. Eisenb. Fabr. A. 5 59½ b
Hörder Hütten. A. 5 68½ b
Minerva, Bergw. A. 5 20 B
Neustadt. Hüttenv. A. 5 3½ G p. St. 4 93½ b
Concordia 4 103½ G fco. Binf. 4 102½ G
Magdeb. Feuervers. 4 415 G

Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Düsseldorf 4 83 G
do. II. Em. 4 81½ b
do. III. Em. 4 87½ b
do. conv. 3½ G p. St. 4 93½ b
Concordia 4 103½ G fco. Binf. 4 102½ G
Magdeb. Feuervers. 4 415 G

Aachen-Mastricht 4 83 G
do. II. Em. 4 81½ b
do. III. Em. 4 87½ b
do. conv. 3½ G p. St. 4 93½ b
Concordia 4 103½ G fco. Binf. 4 102½ G
Magdeb. Feuervers. 4 415 G

Prenzlauer-Börse.

Breslau, 23. März. Die Börse war heute farblos und Geschäft bei geringen Kurzveränderungen unbedeutend.

Schlesw.-Freiburger Aktien 54½ Gd. Sächsische Bankverein 80 b. u. Gd. Breslau-

Reiss.-Brieger 52½ Gd. Ober-schlesische Lit. A. und C. 124½ Gd. dito Lit. B. —. dito Prior. Oblig. 89½ Gd. dito Prior.

Oblig. Lit. F. 95½ Gd. dito Prior. Oblig. Lit. E. 77½ Gd. Oppeln-Tarnowitz 33½ Gd. Rheimsche —. Rosel.

Oberberger 36½ Gd. dito Prior. Oblig. —. dito Stamm.-Prior. Oblig. —.

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

London, Sonnabend, 23. März, Nachmittags 3 Uhr. Börse flau. — Das Wetter ist schön.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Schlaebach in Posen. — Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.

**Feinstes
französisches Speiseöl**
(Huile fine d'Aix),
echte italienische Macaroni,
Ehinger Nennungen,
Meining Apfelsinen und Citronen,
schöne große Walenc. Mandeln
empfiehlt. **J. N. Leitgeber**,
Gerber- und Wassersträhnecke.

Frischen grünen Lachs
empfingen
W F. Meyer & Co.,
Wilhelmsplatz Nr. 2.

Frische Kieler Sprotten und Speck-Büdlinige
empfing so eben
Jacob Appel,
Wilhelmsstraße Nr. 9, vis-à-vis Mylius Hotel.

Hamburg-Amerikanische Pakets. Akt. Gesellschaft.
Direkte Post-Dampfschiffahrt zwischen
Hamburg und New-York,

Post-Dampfschiff **Bavaria**, Capt. Meier, am 1. April,
Hammonia, **Schwensen**, 15.
Saxonia, **Ehlers**, 1. Mai.
Tentonia, **Taube**, 15.
Borussia, **Trautmann**, 1. Juni.

Fracht: Doll. 12 für ordinaire, Doll. 18 für feine Güter pr. 40 Kubikfuß mit 15 % Primage.

Passagierpreise: Erste Kajüte Pr. Crt. Thlr. 150, Zweite Kajüte Pr. Crt. Thlr. 100, Zwischendeck Pr. Crt. Thlr. 60.

Die Expeditionen der obiger Gesellschaft gehörenden Segelschiffe beginnen:
nach Newyork am 15. April per Dampfschiff **Donau**, Capt. Meyer,
Quebec 1. April Elbe, Boll.

Näheres bei dem Schiffsmakler
Wm. Miller's Nachf., Hamburg,
so wie bei dem für den Umsfang des Königreichs Preußen konzessionierten und zur Schließung
gültiger Verträge bevollmächtigten Generalagenten

H. C. Platzmann in Berlin,
Luisenplatz Nr. 7.

Wilhelmsstraße 26 sind mehrere ein aus-
möblirte Stuben 2 Treppen verhängt. Näheres beim
Tapezierer **Linnemann**.

Eine freundliche möblirte Stube Kanonenplatz
Nr. 7 ist sofort zu vermieten.

Ein junger Mann, beider Landessprachen mächtig, der auch etwas Kenntnisse im Französischen
und Englischen besitzt, wird als Lehrling gewünscht von

Wilhelm Krouthau & Ries.

empfiehlt sich durch ihre außerordentliche Schönheit, Körperlheit und Billigkeit vor allen neueren Bibelausgaben, die so eben komplett im Bibliographischen Institut in Hildburghausen erschienene lutherische

Gebunden
ganz Leder mit Goldschnitten
Thlr. 4½.

Neueste Prachtausgabe in Groß-Oktav, mit 50 schönen Stahlst. und dem Prämienblatt: Das Abendmahl.

Familien-Nachrichten.
Gestern Abend 5 Uhr wurde meine geliebte
Frau Ida geb. Neumann von einem ge-
fundenen Töchterchen glücklich entbunden.
Posen, den 24. März 1861.

Kirsch,
Hauptmann in der Niederschlesischen Artillerie.
Brigade (Nr. 5).

Am 18. März c. starb unser einziger Sohn,
der Handlungsdienner Hugo Gliemann,
im noch nicht vollendeten 23. Lebensjahr an der
Lungenentzündung zu Jinnowitz bei Wolgast.
Dies zeigen wir allen Freunden und Freunden,
um stille Teilnahme bittend, hierdurch ergebenst
an. Jarocin, den 23. März 1861.

Der Bürgermeister Gliemann nebst Frau.

Fonds- u. Aktienbörsse.
Berlin, 23. März 1861.

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Düsseldorf 3½ 75 b
Aachen-Maastricht 4 20-½ b
Ansterd. Rotterdam 4 79½ b
Berg. Märl. Lt. A. 4 88-½ b
do. Lt. B. 4 —
Berlin-Anhalt 4 115 b
Berlin-Hamburg 4 114 b
Berl. Potsd. Magd. 4 142 b
Berlin-Stettin 4 110½ b
Bresl. Schw. Freib. 4 95½ b
Brieg.-Neiße 4 52 b
Cöln.-Grefeld 4 —
Cöln.-Münden 3½ 137½ b
Cöln.-Oderb. (Wlh.) 4 36 b
do. Stamm.-Pr. 4 73 b
do. do. 4 80 b
Düsseldorf-Zittauer 5 —
Eduwigshof. Berl. 4 129 b u G
Magdeb. Halberst. 4 214 b
Magdeb. Wittenb. 4 36-36½ b
Mainz-Ludwigsb. 4 101-101 b
Mecklenburger 4 47½ b u G
Münster-Hammer 4 94 G
Neustadt-Welsben 4 95½ b
Niederschle. Märk. 4 —
do. Stamm.-Pr. 4 —
Nordb. Fr. Wilh. 5 45-44½ b u G
Oberschl. Lt.A.u.C. 3½ 124 b
do. Litt. B. 3½ 111½ b
Dest. Franz. Staat. 5 127½ b u G
Oppeln-Tarnowitz 4 34 G
Pr. Wlh. (Steel.-B.) 4 53 b
Vereinsbank, Hambr. 4 100 b

Rheinische, do. Stamm.-Pr. 4 80½ b
Rhein.-Rahebahn 4 24½ b
Ruhrort-Grefeld 3½ 76 G
Stargard.-Posen 3½ 84½ b
Thüringer 4 107 G

Waaren-Kred. Anth. 5 —
Weimar, Bank-Akt. 4 74½ G

**Bank- und Kredit-Aktien und
Anteilscheine.**

Berl. Kassenverein 4 116 G
Berl. Handels-Gef. 4 82½ G
Braunsch. Bl. A. 4 65-½ etw b u B
Bremer do. 4 99 B
Coburg, Kredit-do. 4 41 etw b
Danzig, Priv. Bl. 4 89 B
Darmstadt abgzt. 4 72 G
do. Ber. Scheine 4 —
do. Zettel-B. A. 4 95 G

Dest. Kredit-do. 4 13½ b
Dessauer Landesb. 4 19½ b
Disk. Comm. Anth. 4 83½ b
Genfer Kred. Bl. A. 4 23 b
Geraer do. 4 69½ etw G
Gothaer Priv. do. 4 70½ b
Hannoverische do. 4 92 B
Königsb. Priv. do. 4 84 B
Leipzig, Kredit-do. 4 60 G
Lüneburg do. 4 84 B
Magdeb. Priv. do. 4 79 B
Melsungen, Kred. do. 4 69½ b
Moldau, Land. do. 4 —
Norddeutsche do. 4 86 G
Dest. Kredit. do. 5 55 b u G
Pomm. Ritt. do. 4 71 b u G
Poener Prov. Bank 4 82 b
Preuß. Bank-Akt. 4 123½ b
Rostocker Bank-Akt. 4 104 B
Schles. Bank-Verein 4 80 etw b u G
Thuring. Bank-Akt. 4 55½ b
Vereinsbank, Hambr. 4 100 b

Industrie-Aktien.

Dessau, Kont. Gas-A. 5 9